:antifaschistische nachrichten Nr. 25/26

g 3336 12.12.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Gegen Auflagen verstoßen

MÜNCHEN. Der Münchner Aktivist der Partei „Die Freiheit“, Michael Stürzenberger, hat vom Amtsgericht München einen Strafbefehl erhalten. Insgesamt soll der Autor der rassistischen Internetseite „PI-News“ nun 3900 Euro zahlen, weil er bei zwei Kundgebungen im Juli und August 2013 in München wiederholt gegen Auflagen verstoßen hatte. Eine Klage von „Die Freiheit“ gegen die Auflagen des Münchner Kreisverwaltungsreferates war im Juli vom Verwaltungsgericht abgewiesen worden. Stürzenberger hat Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt.

hma ■

Insolvenz droht

KÖNIGSWINTER. Der „Landsmannschaft Schlesien“ droht die Insolvenz. In einem Rundschreiben an ihre Mitglieder ruft die „Landsmannschaft“ nun zu Spenden auf. Der aktuelle Haushalt weise einen Fehlbetrag in Höhe von 60 000 Euro auf. Daher sei der Bundesvorstand verpflichtet, in den nächsten Tagen beim Konkursgericht einen Insolvenzantrag zu stellen. Nach internen Auseinandersetzungen war vor einiger Zeit der langjährige Bundesvorsitzende Rudolf Pawelka abgewählt worden. Zum neuen Vorsitzenden wurde mittlerweile Stephan Rauhut gewählt.

hma ■

„AUF“ will kandidieren

FULDA. Die christliche Kleinpartei „AUF“ hat auf ihrem Bundesparteitag in Fulda ihre Kandidatur zur Europawahl im Mai 2014 beschlossen. Zu ihrer Spitzenkandidatin wählte die „Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland“ die „Lebensschützerin“ Christa Meves (88) aus Uelzen. Auf dem zweiten und dritten Platz kandidieren der Journalist und Unternehmer Michael Ragg aus München sowie der Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Birkenwerder bei Berlin und Ururenkel des letzten deutschen Kaisers, Philip Kiril Prinz von Preußen. Letzterer gehört dem Kuratorium des rechtsgewirkten „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP) an. Ein Programm für die Europawahl will „AUF“ im Januar beschließen. Die bereits lange geplante Fusion der Partei mit der „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) steht unterdessen weiter aus. Durch das „komplizierte juristische Verfahren“ wer-

Hört den Betroffenen der Hetze zu!

Zum anvisierten NPD-Verbot. Von Patrick Gensing

Politik, Polizei und Presse hätten den Betroffenen der NSU-Terrorserie zuhören müssen. Dies wird seit zwei Jahren immer wieder beklagt und betont. Schade, dass beim NPD-Verbot dieser Appell weitestgehend ignoriert wird.

Ich höre heute Morgen die altbekannten Textbausteine in der Presseschau des Deutschlandradios: Ein Parteienverbot dürfe nur letztes Mittel sein. Der Rassismus verschwinde dadurch nicht. Die Demokratie müsse eine solche Partei aushalten. Die NPD sei ohnehin politisch bedeutungslos.

Doch welche Partei sollte verboten werden, wenn nicht die NPD? Deren langjähriger Funktionär Wohlleben als mutmaßlicher Terrorunterstützer vor Gericht steht? Deren Parteivize von „Krummnasen“ und „Samenkanonen“ spricht? Die Opfer des Holocaust verhöhnt und auf der Straße gegen Flüchtlinge mobilisiert? Die zu Wahlen antritt, um Geld für ihren völkischen Kampf zu akquirieren – und die seit mehreren Jahren in zwei Landtagen sitzt, und dort Hetzer und Fanatiker mit Posten versorgt?

Selbstverständlich löst ein NPD-Verbot nicht sämtliche Probleme. Niemand hat dies jemals behauptet. Und welche Einzelmaßnahme könnte das schon? Auch hält „die Demokratie“ sicherlich eine Partei wie die NPD aus.

Für viele Minderheiten, für Überlebende des Holocaust, für deren Nachfahren, für die, gegen die sich die braune Propaganda richtet, ist eine Neonazi-Partei – zu einem guten Teil finanziert aus öffentlichem Geld – aber schlicht unzumutbar.

Hören wir mal hin:

„Die NPD ist durch und durch verfassungsfeindlich, menschenverachtend rassistisch, antisemitisch und gewaltbereit. Der Zentralrat der Juden fordert bereits seit Jahren, dass diese Partei nicht nur geächtet, sondern vom Parteienprivileg ausgeschlossen und somit endlich verboten wird. Dass die Verbreitung von braunem Gift sogar auch noch mit Steuermitteln finanziert wird, kann schließlich kein vernünftiger Mensch im Land jemals verstehen. Ein entschlossenes und vor allem auch ein geschlossenes Handeln der →

Wir wünschen allen LeserInnen und Lesern eine ruhige und gesunde Zeit „zwischen den Jahren“ und einen guten Jahreswechsel. Die nächste Ausgabe der antifaschistischen nachrichten erscheint erst wieder am 9. Januar 2014.

Wir möchten erneut allen unsere Spendenkampagne ans Herz legen, die es uns ermöglichen soll, auch im nächsten Jahr regelmäßig zu erscheinen.

Mit herzlichen und solidarischen Wünschen

Die Redaktion

de die Fusion nicht vor der Europawahl zum Abschluss gebracht werden können, heißt es aus Parteikreisen. *hma* ■

Burschen raus

Leipzig. Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag in Leipzig beschlossen, dass eine Mitgliedschaft in der SPD mit der in einer Studentenverbindung, die der „Deutschen Burschenschaft“ angehört, nicht mehr vereinbar ist. Bislang war nur Mitgliedern einer zur „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ gehörenden Studentenverbindung verwehrt, Mitglied der SPD zu sein. Der „Lassalle-Kreis“, ein Verband korporierter SPD-Mitglieder kritisierte den Beschluss, weil davon auch SPD-Mitglieder betroffen seien, die sich derzeit für den Austritt ihrer Burschenschaft aus der „Deutschen Burschenschaft“ einsetzen würden. *hma* ■

Amadeu Antonio Stiftung begrüßt die Abschaffung der Extremismusklausel

Zu der Einigung von CDU/CSU und SPD bei den Koalitionsverhandlungen zum Thema Rechtsextremismus erklärt Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung:

„Die Extremismusklausel abzuschaffen ist ein wichtiger Meilenstein im gemeinsamen Engagement gegen Rechtsextremismus. So können zivilgesellschaftliche Initiativen und Staat zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zurückkehren.

Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches und gesamtgesellschaftliches Problem und sollte nicht Gegenstand parteipolitischer Interessen sein. Insofern begrüßen wir es, dass die Koalition erste wichtige Schritte zu einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus gegangen ist.

Allerdings ist es genauso wichtig, dass die Initiativen und Projekte nun eine längerfristige Perspektive für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus bekommen. Die Große Koalition sollte die Chance nutzen, den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus endlich auf stabile Beine zu stellen. Dafür wäre ein eigenes Bundesgesetz, das eine dauerhafte Förderung ermöglicht, der richtige Weg.

Dennoch stehen gerade jetzt viele Projekte und Initiativen vor dem Aus. Es kann nicht sein, dass wegen eines Wechsels von Bundesprogrammen oder politischen Konstellationen die wichtige pädagogische Arbeit eingestellt werden muss. Unsere Aufgaben können nicht einfach aufhören oder eine Pause machen. Der Rechtsextremismus richtet sich nicht nach strukturellen oder bürokratischen Hindernissen. Deshalb fordern wir, hier sofort zu handeln und den Projekten schon jetzt zum Jahreswechsel eine Perspektive zu geben.“

PM der Amadeu Antonio Stiftung ■

Verfassungsorgane würde ein wichtiges politisches Zeichen gegen den von der NPD propagierten Menschenhass setzen.“ *(Zentralrat der Juden, 28. Oktober 2013)*
Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, appellierte an die Bundesregierung, die NPD nicht zu verharmlosen. „Kräfte, die unseren demokratischen Rechtsstaat bedrohen, können nicht mit staatlichen Mitteln finanziert werden“, sagte Rose.
Deutschlandradio Kultur am 20.3.2013
Der Zentralrat der Sinti und Roma habe in den letzten Tagen hunderte von Anrufen besorgter Sinti- und Roma-Familien aus ganz Deutschland erhalten, die wegen der entsprechenden NPD-Plakate, die auf den Schulwegen ihrer Kinder gerade in den kleineren Orten massiv plakatiert sind, emotional aufgebracht und unmittelbar betroffen sind. Diese öffentliche Aufhetzung durch die NPD löse bei den älteren Menschen, die den Holocaust überlebt haben, wieder massive Ängste aus, erklärte der Zentralratsvorsitzende. Bisher seien auch nach den vielen erstatteten Strafanzeigen die Behörden nur in einem einzigen Ausnahmefall tätig geworden, ansonsten herrsche eher Hilfslosigkeit und Unsicherheit vor.

(Publikative.org, 29. August 2013)
Dummheit kann man nicht verbieten, gefährliches Reden und Handeln aber schon. Der Staat sollte die NPD mit allen Mitteln bekämpfen, anstatt die Partei auch noch zu finanzieren.

(Queer.de, 20. März 2013)
„Ich unterstütze das Verbotsverfahren gegen die NPD, da ich nicht hinnehmen will, dass mit unseren Steuergeldern Rassismus verbreitet wird.“
(Kenan Kolat, Vorsitzender Türk. Gemeinde)
174 445 Menschen haben bereits 2007 gefordert, ein neues Verbotsverfahren nach Artikel 21, Abs. 2 Grundgesetz gegen die NPD auf den Weg zu bringen. 5405 Menschen haben im Jahr 2009 ihre Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnen-Seite nonpd eingestellt. Ein wichtiges Argument ist und bleibt, dass das faschistische Menschenbild bereits dem Artikel 1 des Grundgesetzes widerspricht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“
(VVN/BdA-Kampagne für ein NPD-Verbot)
In Zeiten, in denen die NPD und neofaschistische Kameradschaften ganze Regionen zu national befreiten Zonen erklären und die NPD immer noch nicht verboten ist, müssen wir alle uns einmischen und von der Regierung fordern, endlich zu handeln.

Wer nicht durch die Hölle von Auschwitz gegangen ist, kann es schwer erahnen, was es für uns bedeutet, wenn Nazi-Banden in allen Städten marschieren dürfen.

(Esther Bejarano, Überlebende des Mädchenorchesters von Auschwit)z
Ob es tatsächlich ein NPD-Verbot geben wird, erscheint unklar. Allerdings ist bereits klar, dass die vielen Pseudoargumente gegen einen solchen Schritt, dass die Unentschlossenheit ein starkes Zeichen sind – unter anderem an die Richter beim Bundesverfassungsgericht: Es gibt keinen Konsens, dass eine Neonazi-Partei in Deutschland schlicht nicht akzeptabel ist. Diese Botschaft wird ankommen. Die Appelle und Stimmen der Betroffenen spielen eine Nebenrolle.

Patrick Gensing, 3. Dezember 2013 ■

Verbotsverfahren konsequent durchführen!

Die VVN-BdA begrüßt entschieden die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsantrages durch den Bundesrat. Bedauerlich ist, dass Bundesregierung und Bundestag beiseite stehen und keinen Beitrag zum Verbot der ältesten neofaschistischen Partei Deutschlands zu leisten bereit sind.

Erfreulich ist, dass die Landesinnenminister erklären, nunmehr keine V-Männer mehr in den Führungsgremien der NPD zu führen.

Es ist erschütternd, dass es anscheinend erst des NSU-Skandals bedurfte, um so weit zu kommen. Der allgemeine Vertrauensverlust in die sogenannten „Verfassungsschutz“-ämter und die offenkundige Verquickung von führenden NPD-Kadern in ein langjähriges Mordkomplott waren so schwerwiegend, dass das V-Mann-System nunmehr für beendet erklärt werden musste. Das offizielle Ende der faktischen Verquickung von Neonazi-Partei und Staat ist bereits ein Erfolg für sich.

Bestätigt fühlen können sich alle, die seit fast 50 Jahren dafür gekämpft haben, die legale Existenz einer neofaschistischen Partei mit allen daraus resultierenden finanziellen und juristischen Vorteilen für die NPD zu beenden. Die VVN-BdA hat sich dafür von Anfang an und insbesondere seit 2007 mit ihrer Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ besonders engagiert.

Bis zum Verbot und der tatsächlichen Auflösung der NPD wird die VVN-BdA das Verbotsverfahren kritisch begleiten.

Dr. Axel Holz,
Bundessprecher der VVN-BdA
http://www.vvn-bda.de ■

Gedenken in Mölln 2013

Anlässlich des 21. Jahrestages der rassistischen Brandanschläge in Mölln fanden auch in diesem Jahr einige Gedenkveranstaltungen statt.

21 Jahre nach Mölln

Auch nach 21 Jahren ist es wichtig für die Opfer und Betroffenen der Pogrome gegen Flüchtlinge und Andersdenkende auf die Straße zugehen. Zum einen, um der Toten zu gedenken zum anderen, um den Opfern eine Stimme zu geben und sie zu hören, da sie die Zeugen des Geschehenen sind. Aber vor allem, um dafür zu streiten, dass sich so etwas wie in den 1990ern passierte nicht wiederholt.

Am Samstag, den 16. November 2013, kamen in Mölln über 200 Antifaschisten und Antifaschistinnen zusammen, um mit den Familien der Opfer vom 23. November 1992 zu trauern, zu gedenken und für eine antirassistische Gesellschaft zu kämpfen.

1992 töteten zwei militante Neonazis in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln drei Menschen und verletzten neun weitere zum Teil schwer. Die Täter wurden gefasst und verurteilt, doch die Wunden der Opfer bleiben bei den Hinterbliebenen für immer offen.

Die Demonstration zog vom Möllner Bauhof durch die Innenstadt. Neben kraftvollen Parolen informierte die Moderation die Möllner Bevölkerung über das Anliegen der Demonstration. Anschließend zog der Demonstrationszug zum Brandhaus in der Mühlenstraße und legte weiße Rosen nieder. Nach einer Schweigeminute ging es zur Abschlusskundgebung, wo noch einmal verschiedenste Initiativen sowie Vertreter_innen der Familie zu Wort kamen. Zudem spielten wie bereits auf der Auftakt- und Zwischenkundgebung Microphone Mafia und Johnny Mauser ein paar ihrer Lieder.

Am Freitag den 22. November fand die Möllner Rede im Kaisersaal des Hamburger Rathauses statt. Auf der Möllner Rede sprach stets eine Person, die von der Familie ausgesucht worden ist. Im letzten Jahr hielt die Möllner Rede etwa Beate Klarsfeld. In diesem Jahr verwehrte die Stadt Mölln die Bereitstellung von Räumlichkeiten und strich die Möllner Rede aus dem Programm. Deswegen fand die Rede im Exil im Hamburger Rathaus auf Einladung der Linksfraktion statt. Vor etwa 150 Menschen hielt Kutlu Yurtseven von Microphone Mafia die Möllner Rede. Danach sprachen Angehörige der Familien Arslan und Yilmaz.

Am Samstag versammelten sich zahlreiche Menschen vor dem Brandhaus in der Mühlenstraße, um den Ermordeten zu gedenken. Erneut ergriffen Angehörige der Familien das Wort, aber auch Freund_innen und Aktivist_innen sprachen über ihre Erlebnisse und das Geschehene.

Auch regionale sowie überregionale Politiker_innen sowie Vertreter_innen der türkischen Gemeinde, der Stadt Mölln und andere Menschen kamen im Rahmen des städtischen Programms zum Haus und legten Kränze nieder. Während Ibrahim Arslan mit Nachdruck eine Umbenennung der Straße forderte, zogen Bürgermeister & Co. Richtung Ratzeburger Straße und Stadthauptmannshof, wo das offizielle Programm der Stadt fortgesetzt wurde. Im Vorfeld wurden bereits die Straßen Lohgerbergang und Grubenstraße in Bahide-Arslan-Gang, Ayse-Yilmaz-Straße und Yeliz-Arslan-Straße mit Klebern umbenannt.

Nachdem auch die Polizei abgerückt war, waren mitten in die dunkle Stille zwei kurze und helle „Sieg Heil“-Rufe zu vernehmen. Trotz sofortiger Verfolgung durch engagierte Aktivist_innen, konnten die beiden jungen Neonazis vermutlich in einem Auto entkommen.

Nach dem Ende der Kundgebung versammelten sich die Teilnehmer_innen vor dem Stadthauptmannshof. Es war bekannt geworden, dass zum zweiten Mal in diesem Jahr in einem Dorf in der Nähe von Mölln ein größeres und überregionales Neonazikonzert stattfinden soll. Antifaschist_innen nutzen die Anwesenheit der im Stadthauptmannshof verbliebenen Politiker_innen und Bürger_innen, um auf das Konzert hinzuweisen. Sie sprachen auch gezielt den Bürgermeister an und forderten, dass alles zu unternehmen ist, damit an diesem besonderen Tag in dieser räumlichen Nähe kein Neonazikonzert stattfinden darf. Wie bereits beim ersten Termin zeigte sich die Polizei allerdings unbeeindruckt und hielt es nicht für notwendig, am Veranstaltungsort des Konzertes Präsenz zu zeigen.

Auch nächstes Jahr werden wir in Mölln auf die Straße gehen. Informiert euch, gedenkt, trauert und kämpft.

Antifa Herzogtum Lauenburg [AHL] ■

Neonazistischer „Trauermarsch in Remagen“

Wie schon in den vergangenen Jahren fand auch 2013 ein „Trauermarsch“ der Neonazi-Szene in Remagen statt. Anlass sind die „Rheinwiesenlager“, in denen die Alliierten am Ende des Zweiten Weltkrieges hauptsächlich ehemalige Wehrmachtssoldaten internierten. Die Lebensbedingungen in diesen Kriegsgefangenenlagern waren schlecht, durch Kälte und Hunger kam es zu vielen Toten. Neonazis instrumentalisieren dieses Thema heute in geschichtsrevisionistischer Absicht, was sich allein an der von ihnen benutzten völlig überzogenen Opferzahl von 1 Million bemessen lässt. Gleichzeitig wird versucht, eine Aufrechnung von Schuld und eine Entlastung Nazi-Deutschlands zu erreichen.

Die Teilnehmerzahl lag am 23.11.2013 mit ca. 250 Personen deutlich über der im letzten Jahr, woran sich ablesen lässt, dass die Szene trotz der Verbote 2012 und den derzeit laufenden Prozessen gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ und den „Freundeskreis Rade“ in der Lage ist, größere Aufmärsche in der Region durchzuführen. Unterstützung erhielten die Neonazis aus dem Rheinland dabei vor allem aus Süddeutschland. Auch an den Gegenaktivitäten beteiligten sich 2013 mehr Menschen als letztes Jahr. An einer Gegendemonstration nahmen etwa 400 Personen teil. Gleichzeitig fand eine „Meile der Demokratie“ von Remager Bürger und Bürgerinnen statt. *(pf)*

Teilnahme von Neonazis am Schweigemarsch in Bergneustadt

Jedes Jahr veranstalten SPD und Grüne unter dem Motto „Für Frieden und gegen Krieg, Gewalt und Terror“ einen Schweigemarsch in Bergneustadt (bei Gummersbach). Die lokale Neonazi-Kameradschaft „Freie Kräfte Oberberg“ (FKO) rief ihre Anhänger_innen dieses Jahr am 26.11. zu einer Teilnahme an dieser Veranstaltung auf. Etwa 10 Neonazis folgten dem Aufruf und beteiligten sich an dem Schweigemarsch, ohne dabei eigene Aktivitäten zu entfalten.

Da sie ihre Teilnahme bereits vorab angekündigt hatten, war der Schweigemarsch deutlich besser besucht als in den vergangenen Jahren. Die Veranstalter betonten, dass sich ein Einsatz für Frieden

auch immer gegen Rechtsextremismus und Rassismus richten müsse. Auf ihrer Homepage verdrehten die FKO die Ereignisse und behaupteten „viele Nationalgesinnte“ hätten sich aufgrund ihres Aufrufs in Bergneustadt eingefunden.

(pf)

Quelle: Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dok Köln
www.nsdok.de/ibs ■

„Nazis stoppen! – Der BiSF den Wahlkampf vermiesen!“

An dieser Stelle wollen wir alle Interessierten über die Aktivitäten in Fürth informieren, die im Zusammenhang mit dem Wahlantritt der Neonazis zur Stadtratswahl in Fürth momentan passieren. Das Ziel aller antifaschistischen Kräfte aus Fürth ist es, den Wahlantritt der Neonazis im März 2013 zu verhindern. Neben zahlreichen unterschiedlichen Aktionen laden wir alle Interessierten zur Demonstration am 11. Januar, um 13.00 Uhr am Kohlenmarkt (Rathaus) in Fürth ein.
Samstag. 11. Januar 2014 | 13.00 Uhr | Kohlenmarkt Fürth (Nahe Rathaus)
Demonstration: „Nazis stoppen! – Der BiSF den Wahlkampf vermiesen!“

Die Neonazis der sog. „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BiSF):

Die neonazistische „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BiSF) will im März 2014 bei den hiesigen Kommunalwahlen in den Stadtrat gewählt werden. Um überhaupt zur Wahl antreten zu können benötigt die BiSF, wie auch andere zuvor noch nicht angetretene Parteien oder Organisationen, knapp 400 Unterschriften. Diese müssen die Neonazis in einem vierwöchigen Zeitraum von Ende Dezember bis Ende Januar sammeln. Die BiSF ist eine Tarnorganisation des „Freies Netz Süd“ (FNS). Das FNS ist der gefährlichste und aktivste Zusammenschluss von Neonazikameradschaften in Süddeutschland. Das FNS tritt vor allem durch Aufmärsche, rechte Konzerte und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit auf. Führende Köpfe des FNS sind Matthias Fischer (Fürth), der wegen Volksverhetzung eine 20-monatige Haftstrafe absaß, auf der Kontaktliste des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) steht und Norman Kempken (Nürnberg), der bundesweit zu den wichtigsten Anti-Antifa Kadern zählt.

Die Aktivitäten gegen den möglichen Wahlantritt:

In den vergangenen Wochen und Monaten gründete sich ein Bündnis aus antifaschistischen Gruppierungen und Einzelpersonen, das sich zum Ziel gesetzt hat, den Antritt der FaschistInnen bei den Kommunalwahlen zu verhindern. Bisher

23.11.2013 in Remagen

wurden ca. 40 000 Informationsflyer im gesamten Stadtgebiet verteilt, mit zahlreichen Infoständen auf das Treiben der Neonazis aufmerksam gemacht und mit vielfältigen Plakataktionen die Aktivitäten auch im Fürther Stadtbild sichtbar gemacht. Ende Dezember werden die Neonazis Unterschriften am Fürther Rathaus sammeln. Während den Öffnungszeiten werden Antifaschistinnen und Antifaschisten ganztägig vor Ort sein, um die potentiellen UnterstützerInnen auf den neonazistischen Hintergrund der BiSF aufmerksam zu machen. Nähere Informationen könnt ihr dazu auf der Homepage der ALF einsehen.Für den 11. Januar, also mitten im Zeitraum der Stimmensammlung, ruft ein Bündnis aus der Antifaschistischen Linken Fürth, der Jugendantifa Fürth, dem Fürther Bündnis gegen Rechts und zahlreichen anderen Organisationen und Einzelpersonen, zu einer großen und lautstarken Demonstration gegen die FaschistInnen aus Fürth und anderswo auf. Mit dem Motto „Nazis stoppen! – Der BiSF den Wahlkampf vermiesen“ wollen die beteiligten Akteure gegen den alltäglichen rechten Terror und die Verharmlosung der neofaschistischen Szene demonstrieren. Die Demonstration findet am 11. Januar um 13.00 Uhr, am Kohlenmarkt in Fürth (Nähe Rathaus) statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Wie weiter?

Neben der Demonstration und den Kundgebung vor dem Rathaus, die die Unterschriftensammlungen verhindern sollen, wird es eine noch eine Veranstaltung zur BiSF und der fränkischen Naziszene geben, die deren Strukturen aufzeigt. Zudem behandelt die Veranstaltung die Kontakte der fränkischen Neonazis zu den NSU-TerroristInnen und gibt einen Überblick zum derzeitigen Stand des NSU-Prozesses. Sie findet am 21. Dezember, um 19.00 Uhr statt. Nähere Informationen zum Ort und eine Veranstaltungsbeschreibung folgen.Wenn ihr euch im Kampf gegen die Neonazis in Fürth engagieren wollt, dann schreibt uns eine Mail. Gleiches gilt, wenn ihr über die weiteren Aktivitäten informiert werden wollt. Wir hoffen euch alle am 11. Januar in Fürth zu sehen, nur gemeinsam können wir die Nazis stoppen und der BiSF den Wahlkampf vermiesen.

Wir werden jede Möglichkeit nutzen, um den Neonazis der BiSF den Wahlkampf zu vermiesen!
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Hoch die internationale Solidarität!

Antifaschistische Linke Fürth
29.11.2013
www.antifa-fuerth.de.vu ■

Bundeswehr setzt Kriegspropaganda an Schulen fort

„Die Bundeswehr will eine Neuauflage ihrer kriegsbefürwortenden ‚Unterrichtsmaterialien‘ an Schulen erstellen lassen. Sie setzt damit weiterhin auf die Indoktrinierung von Schülerinnen und Schülern“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (18/31). Jelpke weiter:

„Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr hatte im Sommer ein Vergabeverfahren für ein ‚Informationspaket für Schüler und Lehrer zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik‘ eingeleitet. Das ist zunächst gescheitert, weil es nur einen einzigen Teilnehmer gab: Die Universum AG, die schon die bisherigen, unter dem Titel ‚Frieden&Sicherheit‘ publizierten Materialien erstellt. Diese Materialien entstehen unter maßgeblichem Einfluss der Bundeswehr, die sie finanziert und berät, sie werden Lehrpersonal und SchülerInnen umsonst angeboten und stellen die offizielle Sicherheitspolitik Deutschlands einseitig und affirmativ dar.

Das wird auch in Zukunft so bleiben: Die Bundeswehr verhandelt jetzt direkt mit Universum über eine Neuauflage für die Jahre 2014 bis 2016. Weiterhin wird die Bundeswehr die Materialien zu 100 Prozent finanzieren, auch eine Versandoption ist jetzt wieder vorgesehen; weiterhin wird das Verteidigungsministerium

„Weit über Hessen hinaus von Bedeutung“

NSU-Skandal. Linksfraktion fordert Sonderausschuss auch für den Landtag in Wiesbaden. Ein Gespräch mit Hermann Schaus

Hermann Schaus ist Landtagsabgeordneter der Linkspartei in Hessen

Der ehemalige Verfassungsschützer aus Hessen, Andreas Temme, ist jetzt als Zeuge im Münchner NSU-Prozess vernommen worden. Immerhin war er 2006 just zu dem Zeitpunkt in dem Kasseler Internetcafé, als dessen Besitzer erschossen wurde – danach hörte die Mordserie nach heutigem Kenntnisstand abrupt auf. Können Sie erklären, warum in Hessen bislang dazu nicht intensiver ermittelt wird?

Nein, dafür gibt es keine Erklärung. Es verwundert doch sehr, dass es offenkundig der letzte Mord war und dass ausgerechnet ein hauptamtlicher Angehöriger des hessischen Verfassungsschutzes währenddessen am Tatort war. Das muss aufgeklärt werden.

Temme galt nach diesem Mord zunächst als Hauptverdächtiger – wobei er sich keineswegs freiwillig gestellt hatte, sondern erst von der Polizei ermittelt wurde. Er soll früher „kleiner Adolf” genannt worden sein, was doch auf eine rechtsextreme Einstellung schließen lässt.

Meine Fraktion hat die Landesregierung gefragt, ob er auch von seinen Kollegen im Verfassungsschutz so genannt wurde. Dafür gab es aber keine Bestätigung. Sicher scheint, dass er in seinem früheren Wohnumfeld so genannt wurde. Meine Fraktion hat keinen Sitz in dem Ausschuss, der das Landesamt für Verfassungsschutz kontrollieren soll. Wir können deshalb auch nichts zu den inneren Abläufen im hessischen Verfassungsschutz sagen.

Ich selbst habe Temme nur einmal persönlich bei seiner Anhörung im NSU-Bundestagsausschuss in Berlin erlebt – eine sehr merkwürdige Persönlichkeit!

Temme hat den Neonazi „Günter” als V-Mann geführt, der aber auch im Sold des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) gestanden haben soll. „Günter” wurde in München ebenfalls als Zeuge gehört, beider Anwälte werden vom hessischen Verfassungsschutz bezahlt. Was treibt die Landesregierung dazu, sich schützend vor Verdächtige in einem Mordfall zu stellen?

Nach wie vor ist es so, dass der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) alles tut, damit die Öffentlichkeit keine Einzelheiten aus der Arbeit des Verfassungsschutzes erfährt. Und damit auch Günter sich nicht vor Gericht verplappert, wie er als V-Mann des Verfassungsschutzes gearbeitet hat, bezahlt er ihm den Anwalt, der dann im richtigen Moment eingreift. Das ist ein Skandal – es kann doch nicht angehen, dass Günters Aussagegenehmigung so eingeschränkt ist, dass er zu all den Details, die das Gericht zur Aufklärung der Morde wissen muß, nichts sagen darf. Meine Fraktion wird dem jedenfalls nachgehen.

Das heißt aber doch, dass die hessische Landesregierung das Oberlandesgericht München bei der Aufklärung des Falles behindert.

Es ist ein Unding, dass ein hessischer Innenminister entscheiden kann, was ein Zeuge in einem Mordprozess aussagen darf und was nicht. Wenn ein Strafprozess auf so penetrante Weise behindert wird, ist der Rechtsstaat in Frage gestellt. Das kann weder die Politik so hinnehmen noch das Gericht.

Ihre Fraktion fordert, dass auch Hessen einen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex einsetzt. Auf Bundes- und Landesebene gibt es aber schon vier solcher Ausschüsse – warum noch ein fünfter?

Ich glaube schon, dass dieser Untersuchungsausschuss nötig ist – schließlich muss geklärt werden, ob und gegebenenfalls wie Temme und von ihm geführte V-Leute in den Kasseler Mordfall verstrickt waren. Das ist weit über Hessen hinaus von Bedeutung. Den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses werden wir in Kürze in den Landtag einbringen. Leider haben wir mit nur sechs Abgeordneten viel zu wenige Stimmen, um das durchzusetzen. Es wird also im wesentlichen davon abhängen, ob sich die SPD unserem Antrag anschließt.

Nach den bisherigen Auftritten Temmes kann man kaum davon ausgehen, dass er bei einer erneuten Befragung redseliger ist. Der Landtagsausschuss müsste sich also auf andere Zeugen konzentrieren – kämen dafür auch V-Leute in Frage?

Auf jeden Fall. Alle, die Temme als Verfassungsschützer geführt hat, müssen vernommen werden. Vor allem wäre es Aufgabe des Ausschusses, aufzuklären, wie der Verfassungsschutz gearbeitet hat und welche Verbindungen er in die Neonaziszene hatte oder auch noch hat.

Sebastian Carlens, junge welt, 7.12.2013 ■

---

eine ‚fachliche Beratung‘ anbieten, und zwar ausgerechnet, wie die Regierung mitteilt, ‚durch das Fachpersonal der Öffentlichkeitsarbeit‘; weiterhin werden die Materialien also einseitig die regierungsamtliche Kriegspolitik legitimieren.

Aufschlussreich ist, dass im Ausschreibungsverfahren ausdrücklich von der Dienstleistungskategorie ‚Werbung‘ die Rede war. Überraschend ehrlich – denn um nichts anderes als Werbung fürs Militär handelt es sich beim gewünschten Produkt. Im Schulunterricht hat so etwas nichts zu suchen. Ich appelliere an alle Lehrerinnen und Lehrer, dieses Angebot auszuschlagen.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.
Web: http://www.ulla-jelpke.de
http://www.linksfraktion.de

Grenzübergreifende Kurdenverfolgung beenden – Friedensprozess unterstützen

Ein Unterstützer des kurdischen Kulturvereins Medya Volkshaus in Nürnberg wurde in der Nacht zum Dienstag aus seinem Wagen heraus festgenommen. Salmal Sako befindet sich nun in Auslieferungshaft nach Frankreich. Dort liegt gegen ihn ein Haftbefehl wegen angeblicher Unterstützung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vor.

Frankreich hat sich neben Deutschland bei der Verfolgung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden besonders hervorgetan. Zahlreiche kurdische Exilpolitikerinnen und -politiker wurden dort in den letzten Jahren inhaftiert. Gleichzeitig sahen französische Sicherheitsbehörden offenbar zu, als im Januar diesen Jahres in dem von der Polizei rund um die Uhr überwachten Pariser Kurdistan Informationsbüro ein türkischer Faschist mit Kontakten zum türkischen Geheimdienst die drei Politikerinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez ermordete. Während die französischen Justizbehörden die Ermittlungen in diesem Mordfall immer weiter verschleppen, jagen sie kurdische Aktivisten jetzt sogar mit internationalen Haftbefehlen.

Ich fordere die zuständigen Behörden auf, Herren Sako nicht an Frankreich auszuliefern und aus der Haft zu entlassen. Sakos Festnahme erfolgte fast auf den Tag genau zum 20. Jahrestag des PKK-Verbots. Für ein Ende dieser politischen Verfolgung demonstrierten Mitte November rund 15 000 Kurdinnen und Kurden aus dem ganzen Bundesgebiet und den Nachbarländern in Berlin.

Das PKK-Verbot und die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste sind ernst-

hafte Hindernisse für eine Friedenslösung in der Türkei/Kurdistan. Die grenzüberschreitende Verfolgung von mutmaßlichen Anhängerinnen und Anhängern der kurdischen Freiheitsbewegung muss endlich ein Ende haben. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung des derzeit ins Stocken geratenen Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und der PKK.

Ulla Jelpke, MdB

Demonstration gegen das „PKK-Verbot" und zur Unterstützung des Friedenprozesses am 16.11.2013 mit ca. 15 000 TeilnehmerInnen
Quelle: tatort kurdistan – http://friedenstattverbot.blogsport.de

Erwartungen an die neue hessische Landesregierung

Verfolgtenorganisation erwartet „eine menschenfreundliche Flüchtlingspolitik" und eine „dauerhafte Unterstützung für Initiativen" gegen Rechts

Erwartungen an die neue hessische Landesregierung und an die Abgeordneten des neu gewählten hessischen Landtages äußerte die Landesversammlung der hessischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die am vergangenen Wochenende in Frankfurt am Main tagte.

Die Verfolgtenorganisation erwartet „eine uneingeschränkte und dauerhafte Unterstützung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren". Dazu gehöre, dass die Mittel für Beratungsstellen und Initiativen nicht gekürzt werden. Ebenso erwartet die VVN von der Landesregierung und von den Abgeordneten des neuen Landtages, „dass sie alles unternehmen, um eine menschenwürdige und menschenfreundliche Flüchtlingspolitik zu praktizieren" Diese Zielsetzung gehöre „auch in das Koalitionsabkommen, das gegenwärtig ausgehandelt wird". Das wäre nach Ansicht der Landesversammlung „ein deutliches Signal gegen rechtspopulistische und neofaschistische Stimmungsmache".

Die Verfolgten des Naziregimes seien froh und dankbar gewesen, „wenn sie die Möglichkeit fanden, in einem anderen Land Zuflucht zu finden und aufgenommen zu werden". In Erinnerung daran, erwarte man, „dass Menschen, die ihre Heimat aus Not, Verzweiflung oder Verfolgung verlassen", hierzulande „willkommen geheißen, anständig aufgenommen und menschenwürdig behandelt werden".

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN/BdA – Landesvereinigung Hessen
PM 1.12.2013 ■

VVN fordert Entschädigung aller noch lebenden Nazi-Opfer

Unterstützt wurde von der Landesversammlung der hessischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) der Appell führender Persönlichkeiten jüdischer und anderer Organisationen, mit dem vom neu gewählten Bundestag eine Entschädigung aller noch lebenden Opfer des Naziregimes gefordert wird.

Der neue Bundestag müsse „die letzte Chance nutzen", allen noch lebenden Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen. Ausdrücklich genannt werden in dem „Aufruf zur Verantwortung" die Antragsteller der „Ghetto-Renten", die sowjetischen Kriegsgefangenen, die Euthanasie-Opfer und Zwangssterilisierten, verfolgte Homosexuelle, sowie Sinti und Roma.

Die „tagtägliche Gewalt in Wort und Tat gegen Juden, Muslime, Homosexuelle, Migranten und Flüchtlinge" mahne: „Dieser Staat muss mehr tun, um seiner Verantwortung gerecht zu werden."

Unterzeichnet ist der Aufruf u.a. von der Direktorin des American Jewish Committee Berlin, Deidre Berger; der Vorsitzenden der Union Progressiver Juden in Deutschland, Sonja Guentner; der Vorsitzenden der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahana; vom Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, und der ehem. Bundestags-Präsidentin Rita Süssmuth. Mit der Forderung, „Alle noch lebenden Opfer des Naziregimes jetzt entschädigen!", schloss sich die Landesversammlung der hessischen VVN-BdA dem Aufruf an.

VVN fordert Beendigung der Bespitzelung durch den Verfassungsschutz

Die Landesversammlung der hessischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) nahm Erklärungen des hessischen Verfassungsschutzamtes zur Bespitzelung der Tochter des antifaschistischen Widerstandskämpfers und jüdischen Verfolgten Peter Gingold, Silvia Gingold, zum Anlass, sich „gegen die fortgesetzte ungerechtfertigte Bespitzelung und Denunziation der VVN-BdA und ihrer Mitglieder" zu wenden.

Die VVN erwartet von den Abgeordneten des neu gewählten hessischen Landtages, dass sie entsprechend tätig werden. Auch die neue Landesregierung habe „die Aufgabe, die hessische Verfassung zu wahren und die darin enthaltenen Freiheitsrechte zu schützen". Die Tätigkeit des hessischen Verfassungsschutzes sei „damit unvereinbar".

Streit um die Ausrichtung der AfD

Eine Zwischenbilanz

Wie vorherzusehen war, gibt es in der Alternative für Deutschland (AfD) nach den Bundestagswahlen heftige Auseinandersetzungen um die politische Linie. Dazu kommen Intrigen und Querelen um Posten und Pöstchen, genährt von persönlichen Animositäten, sowie der Versuch, demokratische Umgangsformen gegen einen autokratischen Führungsstil durchzusetzen.

In **Sachsen** herrscht die schamloseste Kooperation der bürgerlichen mit den rechtsextremen Kräften vor. Nach den Bundestagswahlen hat der Landesvorstand (LaVo) insgesamt 200 Mitglieder neu aufgenommen, darunter auch etliche Noch-Mitglieder der Partei *Die Freiheit* (DF), die laut Bundesvorstandsbeschluss jeweils einzeln auf ihre Gesinnung hätten überprüft und in der Regel nicht aufgenommen werden sollen. Allerdings könnten sich die Neueintritte als ungültig erweisen, weil der LaVo aufgrund einiger Rücktritte nicht beschlussfähig war.

Der Landesparteitag Ende November hat einen neuen LaVo gewählt, dessen Ausrichtung aber die alte bleibt. Wegen dessen selbstherrlichen Führungsstils sind einige Mitglieder aus der AfD ausgetreten, zuletzt der komplette Dresdener Kreisvorstand.

Auch in den anderen ostdeutschen Landesverbänden sitzen ehemalige DFlerInnen in den Partei-Gremien. Der stellvertretende Vorsitzende **Mecklenburg-Vorpommerns** besuchte gemeinsam mit seinem nordrhein-westfälischen Pendant den Vorsitzenden der United Kingdom Independent Party (UKIP), unmittelbar nach dem AfD-Bundessprecher Bernd Lucke erklärt hatte, mit dieser Partei nicht zusammen arbeiten zu wollen. Auch der LaVo sprach sich in einer Erklärung für eine Zusammenarbeit mit der UKIP aus.

In **Brandenburg** gab es auf dem Landesparteitag ebenfalls Zoff. Da aber die Presse an der entscheidenden Stelle ausgeschlossen wurde, bleibt nur die Vermutung, dass es dabei mehr um persönliche Abneigungen als um politische Differenzen ging. Berlin hat hingegen einen eher liberalen LaVo, der jedoch stark umstritten ist. Ein Landesparteitag könnte zum Showdown werden.

In **Niedersachsen** wurden von einigen unteren FunktionärInnen rassistische Positionen bezogen. Aus diesem Bundesland kam auch scharfe Kritik an Luckes Abgrenzung gegenüber Ex-Mitgliedern der DF und anderen Rechtsaußen. Auf dem Parteitag bekam diese Strömung allerdings kein Bein auf den Boden, und es wurde ein bürgerlicher Vorstand gewählt.

Bei den Wahlen zum neuen LaVo für **Hamburg** konnten die Parteirechten nach eigenen Angaben zwei Personen in den neuen Vorstand bringen. Bei vier weiteren Abstimmungen scheiterten sie nur knapp – lediglich der sehr exponierte ehemalige DF-Landesvorsitzende scheiterte deutlich. Jetzt wollen die Rechten mittels Parteischieds- oder ordentlichem Gericht unter fadenscheinigen Begründungen eine Wahlwiederholung durchsetzen.

In **Nordrhein-Westfalen** wurde gegen den ausdrücklichen Wunsch der Parteirechten, darunter auch der bereits erwähnte UKIP-Fan, ebenfalls der komplette LaVo neu gewählt. Bei der Wahl des Vorsitzenden erhielten die zwei rechten Anwärter zusammen gerade einmal 25 Prozent der Stimmen.

In **Hessen** gärt es seit einiger Zeit, weil der LaVo-Mehrheit Kungelei vorgeworfen wird und zugleich ein Richtungskampf stattfindet, in dem die Mehrheit die LaVo-Minderheit ausgeschlossen hat. Diese Minderheit gruppiert sich um einen Abgeordneten der Freien Wähler in Frankfurt, der für seine rassistischen Positionen bekannt ist. Weil klar war, dass der bisherige Vorstand auf dem Parteitag Mitte November die Mehrheit erreichen würde, verließ vor der Wahl des neuen LaVos ein Drittel der Mitglieder den Saal, wodurch der Parteitag beschlussunfähig gemacht wurde. Der hessische Landesverband wird nun von einem von oben eingesetzten Notvorstand geleitet.

In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern gibt es Konflikte, weil deren Landesvorstände von Parteioppositionellen als illegitim angesehen werden. Ihnen wird antidemokratisches Vorgehen und die Bildung von Seilschaften vorgeworfen. In **Rheinland-Pfalz** wurde deshalb der bisherige LaVo abgewählt und durch einen auf Ausgleich orientierten ersetzt. Ein Mitglied des alten LaVo, das durch rassistische Äußerungen aufgefallen war, fiel bei der Wahl genauso durch wie ein expliziter Anhänger eines liberalen Kurses. Laut Presseberichten vertraten etwa 20 der 300 anwesenden Mitglieder islamfeindliche Positionen.

Baden-Württemberg hat hingegen seinen bisherigen Vize-Vorsitzenden zum neuen Vorsitzenden gekürt – auch ihm werden Karrierismus und Kungelei vorgeworfen. Politische Auseinandersetzungen finden eher in den Kreisverbänden statt, wo gerade der halbe Göppinger Vorstand wegen rassistischer Äußerungen der anderen Vorstandshälfte seinen Hut genommen hat.

Der **bayerische** Landesverband wird autokratisch geführt. Hier hat es bereits etliche Austritte gegeben, von hier aus begann sich die parteiinterne Opposition zu bilden. Offenbar sind im Vorstand zahlreiche Personen, denen es nur um ihr persönliches Vorankommen geht und deren Kompetenzen massiv angezweifelt werden. Politische Streitigkeiten treten dem gegenüber in den Hintergrund.

Darüber hinaus gibt es Landesverbände, deren Konflikte nicht nach außen getragen werden oder in denen die Arbeit relativ reibungslos abläuft. Dazu zählen **Bremen, Schleswig-Holstein** und das **Saarland**. Aus **Thüringen** und **Sachsen-Anhalt** ist ebenfalls kaum etwas zu vernehmen, es gibt aber keinen Grund zur Annahme, dort liefe es anders als in den übrigen ostdeutschen Landesverbänden.

Zusammengefasst zeichnen sich, was die politische Orientierung anbelangt, drei Strömungen in der AfD ab:

ParteigründerInnen und -führung streben eine konservative Partei mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik an. Man zählt sich zum Establishment und fürchtet, dass einem diese Zugehörigkeit durch eine zu enge Nähe zu rechtsextremen AußenseiterInnen abgesprochen werden könnte. Während ein „gemäßigter" Rassismus – wie in der Schlussphase des Wahlkampfs – für sie genauso dazu gehört wie der in ihre Euro-Kritik eingeschriebene Nationalismus und Wohlstandschauvinismus, werden sie sich kaum auf Islamhass und Anti-EU-Parolen einlassen.

Die RechtsextremistInnen, die sich sofort auf die junge Partei gestürzt haben, wollen der Partei genau diese Anti-Islam- und Anti-EU-Rhetorik aufzwingen. Ihre Stärke ist schwer einzuschätzen; sie scheint von einem eher geringen Einfluss wie in Rheinland-Pfalz bis zu beinahe der Hälfte der aktiven Mitglieder wie in Hamburg zu reichen. Die Ostverbände lassen sich diesbezüglich gar nicht bewerten, da die Rechten hier anerkannter Teil auch der Parteiführungen sind. Wenn die Rechten sich, wie abzusehen ist, mit ihren Positionen nicht durchsetzen können, werden sie dennoch, mangels gesellschaftsrelevanter Alternative, in der AfD bleiben und weiterhin für ständige Streitereien sorgen und das Renommee der Partei in der Öffentlichkeit beschädigen.

Eine weitere Fraktion, die insbesondere in den unteren Parteistrukturen zu finden ist, wünscht sich ebenfalls eine rechtskonservative Partei, hat aber keinerlei Probleme mit einer Kooperation mit den Rechtsextremen. Ihre Annahme ist, dass die AfD beide Fraktionen braucht, schließlich habe man den Wahlkampf auch gemeinsam geführt. Mögliche negative Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung der AfD werden mit Floskeln kaschiert, wie der, dass die „Mainstream-Medien" sowieso gegen die Partei hetzen würden.

Fazit: Es wird munter weiter gestritten werden. Ob es um die politische Ausrichtung geht, um persönliche Eitelkeiten oder um Macht- und Karriereoptionen – die Einigkeit, die Partei, Mitglieder und SympathisantInnen vor der Bundestagswahl beflügelte, ist verflogen. Und trotzdem steht die AfD in Umfragen kontinuierlich bei vier bis fünf Prozent! *F* ■

Aktuelles vom Front National:

Wenn Marine Le Pen sich für Nelson Mandela hält...

... und frischgebackene Überläufer ihrer Partei entsetzt wieder den Rücken kehren

Das nennt man Kreide fressen. In voller Sanftmut präsentiert sich Marine Le Pen – scheinbar – in einem Pressekommuniqué, das am 06. Dezember 2013 veröffentlicht wurde. Dessen Gegenstand ist das Ableben von Nelson Mandela, im stolzen Alter von 95 Jahren, in der Nacht vom 05. zum 06. Dezember. Die Chefin des Front National urteilt (offiziell) über ihn in ihrem Kommuniqué: „Mit dem Tod Nelson Mandelas ist eine große Stimme Afrikas verstummt. Marine Le Pen gedenkt dem Mann und früheren Präsidenten Südafrikas, der es aus Patriotismus und Liebe zu seinem Volk schaffte, sein Land aus dem Bürgerkrieg herauszuführen und es vor der Zerrissenheit zu bewahren. Durch seine Autorität hat Nelson Mandela Frieden und Versöhnung durchsetzen können (…)“

Der Teufel steckt zwar im Detail. Beispielsweise enthält die Formulierung, Mandela habe „sein Land aus dem Bürgerkrieg herausführen“ können, die Behauptung, vor seiner Freilassung 1990 oder vor seiner Wahl zum Präsidenten 1994 habe in Südafrika ein Bürgerkrieg geherrscht. Eine falsche Aussage, denn im damaligen Südafrika spielte sich kein Bürgerkrieg ab, sondern ein (teilweise bewaffnet und teilweise mit zivilen Mitteln durchgeführter) Befreiungskampf gegen ein Rassistenregime, das sich auf einen Teil der weißen Minderheit stützte und über die schwarze Bevölkerungsmehrheit herrschte. Allerdings ist der vorgebliche Gruß an den verstorbenen Nelson Mandela dennoch, vordergründig, fast erstaunlich positiv. Eine eher ungewöhnlich anmutende Geste von Seiten einer Partei, von der man (aus fundierten Gründen) vielleicht andere Töne erwartet hätte.

In Wirklichkeit soll die öffentliche Stellungnahme von Marine Le Pen vor allem jene Positionen vergessen machen, die der damalige Front National unter ihrem Vater Jean-Marie Le Pen zu Südafrika und zur dort herrschenden Apartheid eingenommen hatte. Heute, da das Leben und das Werk Nelson Mandelas (im Nachhinein) in weiten Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit positiv wahrgenommen werden, erscheint der Rückblick auf diese Positionen wie ein Gang ins Gruselkabinett. Doch anders als heute, da die Geschichte definitiv das Urteil über das Apartheid-Regime gesprochen zu haben scheint, hatte dieses – solange es noch nicht überwunden war – zu seiner Zeit durchaus seine Verteidiger. In Westdeutschland etwa in einem Spektrum, das von der NPD bis zum damaligen CSU-Chef Franz-Josef Strauß reichte. (Letzterer verstarb im Oktober 1988 und war deswegen bereits tot, als Nelson Mandela im Februar 1990 aus langjähriger Haft freikam.)

Jean-Marie Le Pen reagierte besonders rabiat auf die Freilassung Mandelas. Am 09. Mai 1990 wurde er in der TV-Sendung L'Heure de vérité danach befragt, ob er bei diesem historischen Ereignis eine positive Emotion verspürt habe. Und antwortete: „Nein. Es hat mich weder bewegt noch erfreut. Zunächst, weil ich eine Art von Misstrauen gegenüber Terroristen hege.“ Doch es kam noch „besser“. Am 13. Juni 1990 besuchte Nelson Mandela das Europäische Parlament in Strasbourg, wo auch Jean-Marie Le Pen Abgeordneter war. Aus diesem Anlass kam es zu einer Prügelei zwischen Leibwächtern des Front National-Chefs und Begleitern eines Schweizer Sozialistenpolitikers, welcher ebenfalls auf Besuch weilte – und dabei rief Le Pen (Vater) aus: „Wer ist dieser Hund Mandela?“ Dies geht aus einer Kurzmeldung in der taz hervor, die der Verfasser in seinen Archiven auffand. Am Abend desselben Tages ging die Sache noch weiter. In einem Restaurant in Strasbourg stritten Jean-Marie Le Pen und sein Abgeordnetenkollege Bernard Antony (von 1984 bis 2006 Mitglied beim FN) sich mit einem belgischen und einem luxemburgischen sozialistischen Abgeordneten, Robert Krieps und José Happart. Krieps hatte den FN-Chef danach befragt, ob die Rede Mandelas im EP ihm „nicht den Appetit verdorben“ habe. Im weiteren Verlauf spuckte Jean-Marie Le Pen dem Belgier Happart ins Gesicht, und Antony verpasste ihm eine Ohrfeige[1].

Nun könnte man einwenden, die französische rechtsextreme Partei habe sich seit damals vielleicht verändert, und Marine Le Pen erinnere sich eventuell gar nicht an solche einstigen Positionen ihres Vaters. Allerdings: Bei der Aufzeichnung der TV-Sendung vom Mai 1990 mit Jean-Marie Le Pen saß dessen Tochter Marine, damals knapp 22 Jahre alt, im Publikum in einer der vorderen Reihen. Daran wurde sie anlässlich einer Rundfunksendung im Juni 2013 erinnert, nachdem sie bei Radio France Inter nicht etwa behauptet hatte, ihre Partei habe sich geändert und bedauere frühere Positionen – sondern, es habe diese nie gegeben, und Jean-Marie Le Pen habe „niemals“ Negatives über Mandela geäußert[2]. Woraufhin Marine Le Pen nahezu ausrastete, und den öffentlich-rechtlichen Rundfunksender erregt als Radio bolcho (Bolschewikenradio) bezeichnete…

Andere Figuren ihrer Partei nehmen noch heute weitaus schärfere Positionen in der Sache ein. Ihr Herausforderer bei der Wahl zum Parteivorsitz im Winter 2010/11, Bruno Gollnisch – auch heute noch Europaparlaments-Abgeordneter des FN – veröffentlichte etwa am 06. Dezember 2013 erneut einen Artikel, den er bereits im Juni 2013 ins Internet gestellt hatte, als Viele bereits mit dem bevorstehenden Tod Nelson Mandelas rechneten. Unter dem Titel Le rêve fracassé de Nelson Mandela („Der zerbrochene Traum des Nelson Mandela“) lässt Gollnisch sich darin über den angeblichen Exodus der armen, geplagten weißen Minderheit in Südafrika aus. Er schreibt u.a.: „Heiliggesprochen von den Aposteln einer ‚Regenbogengesellschaft‘, wie die herrschende Kaste sie gerne auf den ganzen Planeten ausdehnen würde, ist Nelson Mandela in Wirklichkeit eine komplexe Persönlichkeit (…) deren lebenslanges Engagement nicht das Chaos, den Anstieg der Gewalt und des Elends seit dem offiziellen Ende der Politik getrennter Entwicklung (‚Apartheid‘) vergessen machen kann.“

Konsensbrecher?

Die offiziellen, moderat klingenden Töne von Parteichefin Marine Le Pen zum Gedenken an Nelson Mandela sollen zur von ihr so getauften dédiabolisation (ungefähr: „Entdämonisierung“) des rechtsextremen Front National beitragen.

Der FN muss grundsätzlich aufpassen, zwar einerseits nicht als „völlig normalisierte Partei wie alle anderen“ zu erscheinen – er würde drohen, sein pseudo-rebellisches Image (gegen das „Establishment“) einzubüßen – aber andererseits auch nicht jegliche gesellschaftliche Konsensfähigkeit zu verlieren. Die Reputation von Marine Le Pen musste beispielsweise vorübergehend einige Federn lassen, als sie sich jüngst außerhalb des nationalen Betroffenheitskonsens stellte, nachdem am 29. Oktober 2013 mehrere französische Ex-Geiseln nach mehrjähriger Gefangenschaft in der Sahara im Norden Malis zurückgekehrt waren. Sie waren von den dort aktiven bewaffneten Islamisten freigelassen worden, nachdem französische Unternehmen wie AREVA und Vinci (ihre Ar-

beitgeber) mutmaßlich zwanzig Millionen Euro Lösegeld bezahlt hatten. Marine Le Pen ließ sich jedoch in einer ersten öffentlichen Reaktion spöttisch darüber aus, dass die vier Männer aus ihrer mehrjährigen Gefangenschaft mit langen Bärten und einer Chèche – einem bei den Tuareg getragenen Schal – um den Hals zurückgekehrt seien. Wohl unter dem Einfluss der unter extremen Rechten dermaßen beliebten Verschwörungstheorien, denen zufolge stets „die Wahrheit im Verborgenen zu suchen ist", suggerierte sie vor laufenden Mikrophonen, die vier seien zum Islamismus konvertiert worden und also als Agenten der Gegenseite zurückgekehrt[3].

Darüber wurde kurzzeitig erregt diskutiert – es ist nur stark zu befürchten, dass die öffentliche Meinung den kurzen Ärger darum bereits wieder vergessen hat. Solche Ausfälle drohen Marine Le Pen jedoch im Prinzip, und sei es vorübergehend, außerhalb des „Konsensfähigen" zu stellen. Auch ihre Attacken gegen die französische Fußballnationalmannschaft[4], auch nachdem diese sich jüngst – im Rückspiel gegen die Ukraine am 19. November 2013 – doch noch für die WM in Brasilien qualifizieren konnte, tendieren in diese Richtung. Auch wenn ihre Vorbehalte gegen die Mannschaft (in ihren Augen eine geldgierige Mischtruppe) auch von manchen betont rechten Konservativen wie Lionnel Luca geteilt werden.

Pfiffe am nationalen Gedenktag

Am 11. November 2013 wurde Präsident François Hollande an zwei Orten ausgebuht und ausgepfiffen, auf den Champs-Elysées in Paris und einige Stunden später in der Kleinstadt Oyonnax. Seine Auftritte standen in Verbindung mit einem Gedenk- und gesetzlichen Feiertag in Frankreich: Am 11.11. ist aus Andenken an das Ende des Ersten Weltkriegs 1918 arbeitsfrei, denn an dem Tag wurde in einem Waggon in Compiègne der Waffenstillstand zwischen der Französischen Republik und dem damaligen Deutschen Reich abgeschlossen. Das historische Gedenken fällt heutzutage (mit gewachsenem zeitlichem Abstand zum Ersten Weltkrieg) normalerweise nicht weiter auf – außer dass an dem Tag arbeitsfrei ist –, aber aufgrund des bevorstehenden einhundertjährigen Jubiläums zum Kriegsbeginn (1914 – 2014) fand es in diesem Jahr doch einige Beachtung. Von vornherein, denn durch die Pfiffe gegen den amtierenden Präsidenten wuchs die Aufmerksamkeit dann noch zusätzlich.

Der rechtslastige erste Kanal des französischen Fernsehens, TF1 – der Sender wurde 1987 durch den damaligen Premierminister Jacques Chirac privatisiert und steht im Eigentum von Nicolas Sarkozys Duzfreund, dem Konzernerben Martin Bouygues – hat den Eindruck unterdessen noch verstärkt: TF1 hat inzwischen zugegeben, die Abfolge von Bild und Ton leicht manipuliert zu haben. Durch eine Verschiebung der Tonsequenz um vier Sekunden gegenüber dem Ablauf der Bilder wird künstlich der Eindruck erweckt, das Pfeifkonzert sei besonders hell erklungen, als François Hollande aus dem Auto gestiegen sei. In Wirklichkeit erklangen die Pfiffe eher wenige Sekunden vor seinem Austritt aus dem Wagen und hatten ihren Höhepunkt bereits überschritten, als Hollande auf den Asphalt trat (und dann auch ein bisschen Beifall erklang). Der rechte Sender wurde also bei einer politischen Manipulation ertappt, auch wenn er behauptet, es handele sich um ein „technisches Versehen".

Die Urheber der Störaktion kamen aus dem Umfeld des harten Kerns der Homosexuellen-Gegner einerseits, und aus dem Kreis der organisierten Neofaschisten andererseits. Zuvor war von ihrer Seite im Internet und bei Facebook für eine Aktion am 11. November um 11.11 Uhr geworben worden – nein nein, es bestand keine Verbindung zum rheinischen Karneval, nein. 73 Personen aus ihren Reihen wurden vorübergehend festgenommen; drei von ihnen wurden im Nachhinein der Justiz vorgeführt.

Unter ihnen befindet sich David Van Hemelryck, ein 33jähriger Jungunternehmer, der dadurch bekannt wurde, dass er den ganzen August 2013 über ein Segelflugzeug mit dem Transparent „Hollande, Rücktritt!" über den Urlaubersträndern am Atlantik steuerte. Er kommt aus dem harten Kern der Bewegung gegen die Homosexuellenehe, ebenso wie jene drei Personen, die am 09. November 2013 den ersten Sabotageakt gegen eine Ökosteuer-Mautstelle für LKWs auf der Pariser Ringautobahn verübten.

Im Nachhinein erklärte der Front National (in Gestalt seiner Vorsitzenden Marine Le Pen) im Übrigen, man verurteile die Störaktionen durch „Hitzköpfe", da man an einem nationalen Gedenktag nicht stören dürfe – beschwerte sich aber auch darüber, der Spitzenkandidat der eigenen Partei zur Pariser Rathauswahl und ein paar andere Parteigänger seien am 11. November ebenfalls festgenommen worden. Marine Le Pen sprach diesbezüglich sogar von „Methoden wie in totalitären Ländern". Ihr Pariser Spitzenkandidat für die Pariser Rathauswahl vom März 2014 ist Wallerand de Saint-Just, seit 1987 Rechtsanwalt von Jean-Marie Le Pen. Er wurde am diesjährigen 11. November in der Nähe der Place Charles de Gaulle-Etoile (wo auch die Störaktion stattfand) mit einer Handvoll Getreuen in polizeilichen Gewahrsam genommen. Natüüüüürlich befand er sich jedoch reiiiiiin zufällig dort, na klar, selbstverständlich.

Kandidat/inn/en futsch

In der vorletzten Ausgabe (AN 24/2013) berichteten wir über Nadia und Thierry Portheault, die einen Ausflug zum Front National unternommen hatten – mit Madame in der Rolle der Spitzenkandidatin zur Kommunalwahl in Saint-Alban, im Umland von Toulouse – bevor sie entsetzt ihren Abschied nahmen[5].

Inzwischen haben noch weitere „Überläufer/innen", die von anderen Parteien kamen und eine Kandidatur für den Front National angenommen hatten, ihren Austritt aus der Partei respektive (falls sie keinen Mitgliedsausweis hatten) ihren Rücktritt von der Liste erklärt. Dies gilt etwa für den früheren Lokalpolitiker der bürgerlich-konservativen UMP, Arnaud Cléré. Er war im Mai 2013 durch seine frühere Partei ausgeschlossen worden, nachdem er zuvor die erste Bündnisliste aus örtlichen UMP-Mitgliedern und Angehörigen der extremen Rechten aufgestellt hatte. Cléré war daraufhin nicht direkt dem FN beigetreten, sondern einer Minipartei, die seit zwei Jahren mit dem Front National liiert ist und gemeinsame Listen mit ihm zusammen aufstellt: dem SIEL (Kürzel für Souveraineté, indépendance, libertés – „Souveränität, Unabhängigkeit, Freiheit"). Es handelt sich um eine rechtskonservative und EU-feindliche Splitterpartei unter Paul-Marie Coûteaux[6].

Doch Mitte Oktober 2013 nahm Cléré dann an einem Treffen von Kommunalwahlkandidat/inn/en des FN in Hénin-Beaumont (im früheren Bergbaurevier) in Nordostfrankreich teil. Hénin-Beaumont ist für den FN nicht „irgendeine" Stadt: Bei den Kommunalparlamentswahlen von 2008, die dort im Juli 2009 wiederholt werden mussten, sowie bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 schrammte Marine Le Pen dort jeweils nur knapp an einer absoluten Mehrheit vorbei. Die jetzige Parteichefin des FN beackert dort seit zehn Jahren das örtliche Terrain, wo sie günstige Voraussetzungen für ihre Kandidatur witterte. Laut eigenen Angaben will Arnaud Cléré bei dem Treffen, an dem 130 Spitzenkandidaten des FN teilnahmen, jedoch „Hakenkreuztätowierungen auf den Unterarmen von zwei Personen" gesehen und „rassistische Sprüche" gehört haben. FN-Generalsekretär Steeve Briois – der selbst aus Hénin-Beaumont kommt und die Partei vor Ort anführt – entgenet darauf allerdings, er halte die Fotos aller an dem Treffen beteiligten Spitzenkandidaten für die Presse bereit, niemand unter ihnen trage Hakenkreuztätowierungen. (Vielleicht andere Personen, die am Rande des Treffens anwesend waren?) Am 24. November 2013 erklärte Cléré, er kehre dem FN den Rücken, und er werde wahrscheinlich durch seine frühere Partei wieder aufgenommen. Marine Le Pen behauptet unterdessen, es handele sich um eine Manipulation durch die UMP, und macht deren Chef Jean-François Copé direkt dafür verantwortlich[7].

Eine andere Kandidatin, die bislang für den FN zu den Rathauswahlen antreten wollte und nun jüngst „die Brocken hinschmiss", ist Anna Rosso-Roig. Die Dame mit

72 afghanische Flüchtlinge aus Bicske in Karlsruhe

Innenministerium Baden-Württemberg setzt Abschiebungen nach Ungarn vorläufig aus

Für die 72 afghanischen Flüchtlinge, die aus Ungarn nach Karlsruhe flohen, um der drohenden Obdachlosigkeit zu entkommen, ist erst mal Durchatmen angesagt. Nach der Übergabe von 3000 Unterschriften und immer mehr positiven Eilrechtsbeschlüssen vor unterschiedlichen Verwaltungsgerichten hat das Innenministerium Baden-Württembergs bis nach einer weiteren Prüfung der Situation in Ungarn die Abschiebungen vorläufig ausgesetzt. Damit ist der Kampf um ein Bleiberecht der Gruppe noch nicht gewonnen, aber eine erste Etappe geschafft. Einige der vorausgehenden gerichtlichen Eilrechtsentscheidungen nehmen Bezug auf einen neuen Bericht von bordermonitoring.eu und Pro Asyl, der zusammen mit den Eilrechtsbeschlüssen und weiteren Materialien auf deren Webseite abrufbar ist: http://bordermonitoring.eu/2013/10/ungarn-aktualisierungund-ergaenzung-desberichts-vom-maerz-2012/

Aktuelle Informationen über die Situation in Ungarn auf: http://migszol.com/

Quelle: Kompas – Antira-Newsletter Dezember 2013 ■

SH: Integrationskurse auch für Flüchtlinge öffnen!

Kieler Flüchtlingsrat und die Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder unterstützen die Initiative Schleswig-Holsteins: Beratung im Bundesrat

Das Land Schleswig-Holstein hat eine Initiative im Bundesrat gestartet, um allen Flüchtlingen Zugang zu Integrationskursen und damit zum Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Darüber wird am 3. Dezember 2013 im Innen- und Rechtsausschuss des Bundesrats beraten werden.

Der Gesetzesentwurf aus Schleswig-Holstein sieht vor, dass Flüchtlinge im Asylverfahren sowie mit einer aufenthaltsrechtlichen Duldung die Möglichkeit erhalten, im Rahmen noch verfügbarer Plätze zu Integrationskursen zugelassen zu werden. Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis sowie EU-BürgerInnen sollen einen Anspruch auf Kursteilnahme erhalten.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. begrüßt diese Initiative und hofft, dass sie auf breite Unterstützung im Bundesrat trifft. Über die Öffnung der Integrationskurse entscheidet letztlich der Bundestag. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auf Bundesebene vom 27.11.2013 sieht bisher nur vor: „Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen."

---

dem Doppel-R erklärte am 25. November ihren Rücktritt von der Kandidatur auf einer Liste des Front National in Marseille. Sie hätte auf dem Listenplatz Nummer Zwei zu einem der Marseiller Bezirksrathäuser kandidieren sollen. Die Besonderheit ihrer Bewerbung war, dass Rosso-Roig eine Überläuferin vom Front de gauche („Linksfront", ungefähr Entsprechung zur deutschen Partei DIE LINKE) war, für den sie noch zur Parlamentswahl im Juni 2012 kandidiert hatte, und aus einer kommunistischen Familie kommt.

Im Frühjahr 2013 war Rosso-Roig vom Front de gauche zum Front National übergewechselt, weil die gläubige Katholikin – wie sie erklärte – gegen die Homosexuellenehe eingestellt war (deren Einführung durch die oppositionelle „Linksfront" unterstützt wurde) und sich vor einer „Islamisierung Frankreichs" fürchtete. Doch im Laufe der Wochen zeigte sie sich über rassistische Sprüche bei Parteiversammlungen, ständige Ausfälle gegen „das Gesindel" oder Äußerungen von Sexismus bestürzt. Durch ein Gespräch ùit der linksliberalen Tageszeitung Libération erklärte sie ihren Abschied[8].

Antirassistische Mobilisierungen

Infolge der sich häufenden rassistischen Ausfälle besonders gegen die schwarze Justizministerin Christiane Taubira (AN berichteten) kam es, wie in der vergangenen Ausgabe angekündigt, zu antirassistischen Protestmobilisierungen. Im Vergleich zu früheren Perioden – etwa gegen das damals verschärfte Ausländergesetz im Januar/Februar 1997, gegen den FN-Kongress in Strasbourg Ende März 1997, oder gegen den Einzug Jean-Marie Le Pens in die Stichwahl um die Präsidentschaft im April/Mai 2002 – blieben diese allerdings bislang relativ bescheiden.

Am Samstag, den 30. November d.J. demonstrierten in Paris laut unseren Schätzungen 6000 bis 8000 Menschen in guter Stimmung gegen Rassismus. Dabei waren u.a. antirassistischen Organisationen (LICRA, MRAP, SOS Racisme), die „Liga für Menschenrechte" (LDH), Vereinigungen von Karibikfranzosen und Selbstorganisationen „illegalisierter" Einwanderer (Sans papiers). Auch manche Gewerkschaftsverbände, konkret eher vom „moderateren" oder sozialpartnerschaftlich orientierten Flügel (CFDT, UNSA) sowie die linken Basisgewerkschaften SUD/Solidaires, hatten dazu mobilisiert. Hingegen blieb die CGT als mit Abstand stärkster Gewerkschaftsverband nur schwach vertreten: Sie bewahrte ihre Kräfte vielleicht für die Demo der „Linksfront" gegen die Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahreswechsel, an welcher am 1. Dezember d. J. in Paris gut 20 000 Menschen teilnahmen. Im Anschluss an die antirassistische Demonstration sprachen die Polizei von „3900", die Veranstalter/innen von „25 000" Teilnehmer/inne/n; beide Angaben sind unrealistisch.

Am darauffolgenden Samstag, den 07. Dezember demonstrierten rund 2000 Menschen, dieses Mal eher aus Migrantenvereinigungen, gegen Rassismus. Anlass für diese seit längerem geplante Demonstration war der dreißigste des „Marchs gegen Rassismus und für Gleichheit", der vom Oktober bis Dezember 1983 stattfand: Gut fünfzig Söhne und Töchter von Einwanderern hatten damals Frankreich von Marseille über Lyon bis Paris zu Fuß durchquert, bei ihrer Ankunft in Paris demonstrierten damals knapp 100 000 Menschen. Von solcher Mobilisierungsfähigkeit sind wird in der aktuellen Periode allerdings weit entfernt. Am Sonntag, den 08. Dezember nahmen wiederum rund 1000 Menschen in Paris an einem „Marsch der Demokraten" statt, zu dem vor allem studentische Organisatoren unter reichlich staatstragend-unkritischen Vorzeichen aufgerufen hatten. Er sollte das Mitte-Linksebenso wie das Mitte-Rechts-Milieu ansprechen und Protest u.a. gegen die rassistische Ausfälle zu Justizministerin Taubira, aber auch gegen die Pfiffe vom 11. November zum Ausdruck bringen. Zuvor hatten 46 000 Personen bei Facebook ihre „Unterstützung" erklärt. Einmal mehr erwies sich allerdings, dass virtuelle Unterstützung nicht reale Mobilisierung bedeutet.

B.S., Paris ■

Die beiden nicht gezeichneten Artikel auf S. 7 bis S. 9/19 in AN 25/2013 stammen von unserem Frankreichkorrespondenten b.s.

Fußnoten:

1 Vgl. http://archives.lesoir.be/le-pen-crache-sur-happart-a-strasbourg_t-19900614-Z02T98.html

2 Vgl. http://www.franceinter.fr/emission-le-7h43-quand-le-pen-traitait-mandela-de-terroriste

3 Vgl. http://memorial98.over-blog.com/article-marine-le-pen-un-derapage-120890252.html

4 Vgl. http://www.lemonde.fr/sport/article/2013/11/18/pour-la-presidente-du-fn-les-resultats-des-bleus-sont-lies-a-l-ultra-liberalisme_3515396_3242.html und http://www.huffingtonpost.fr/2013/11/20/victoire-bleus-fn-refuse-exploit-debordements-_n_4307595.html?ir=France

5 Vgl. auch ihr jüngst in der Tageszeitung Libération publiziertes Porträt: http://www.liberation.fr/politiques/2013/12/05/nadia-et-thierry-portheault-revenus-du-front_964430

6 Vgl. über ihn: http://www.liberation.fr/politiques/2013/12/07/paul-marie-couteaux-ou-le-reve-d-accrocher-le-fn-a-la-droite_964863

7 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/11/25/croix-nazies-et-propos-xenophobes-un-ex-ump-parti-au-fn-fait-machine-arriere_3519506_823448.html

8 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2013/11/24/marseille-anna-rosso-roig-a-fronts-decale_961736

Wir sind alle Oranienplatz und Wir bleiben Alle!

Aufruf zur Demonstration am Sonntag 15.12.!

Wir starten um 15 Uhr am Oranienplatz und ziehen gemeinsam zur Senatsverwaltung für Inneres, Grunerstraße/Stralauerstraße am Alex, dem Sitz von Henkel. Und wir werden bleiben, zu einer Nachtkundgebung bis zum nächsten Morgen, bis das Ultimatum zurückgezogen wird.

Vor 14 Monaten haben wir, Asylsuchende in Deutschland, uns dazu entschlossen, unsere Situation nicht länger hinzunehmen. Wir entschieden uns gegen die Unterbringung in isolierenden Lagern und die alltäglichen Diskriminierungen. Wir organisierten uns, verließen die Lager, setzten uns über die Residenzpflicht hinweg, welche europaweit nur in Deutschland existiert und begaben uns auf einen Protestmarsch von Würzburg bis nach Berlin. Dort angekommen besetzten wir den Oranienplatz und später die ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule, um unseren Protest gegen die deutsche und europäische Asylpolitik auszuweiten. Diese Aktionen haben unserem Protest die erforderliche Aufmerksamkeit verschafft: Erst dadurch wurde er für die Öffentlichkeit sichtbar und konnte darüber hinaus auch andere Geflüchtete ermutigen, ihre Isolation zu brechen und für ihre Rechte zu kämpfen.

Unsere Bewegung besteht nicht nur aus Asylsuchenden, die in Deutschland unter der Residenzpflicht und den Lagerbedingungen leiden, sondern auch aus Geflüchteten, die über Lampedusa nach Deutschland gekommen sind und infolgedessen nicht einmal das Recht haben, Asylanträge zu stellen. Wir haben keine Möglichkeiten, ein würdevolles Leben in Europa zu führen. Die Asylpolitik hindert uns daran, in Wohnungen zu leben und unseren eigenen Lebensunterhalt zu erarbeiten. Die Bedrohung durch Deportation lässt uns in ständiger Angst leben. Was ist das für ein Leben, wenn stets die Gefahr besteht, vielleicht schon morgen von der Polizei abgeholt zu werden?

Unsere Forderungen sind und bleiben die Abschaffung der Lager- und Residenzpflicht, der Stopp aller Abschiebungen, ein dauerhaftes Bleiberecht, das Recht auf Arbeit, Bildung und selbstbestimmtes Wohnen, sowie das Recht auf Bewegungsfreiheit. Wir verlangen, dass man uns als Menschen respektiert, wir wollen unsere Menschenrechte!

Wir waren gezwungen, unser bisheriges Leben aufzugeben, weil Kriege um Ressourcen, wirtschaftliche Ausbeutung und politische Verfolgung uns keine andere Wahl ließen, als unsere Familien zu verlassen und nach Europa zu fliehen. Westliche Regierungen stützen Diktatoren mit Waffenlieferungen und verwüsten mit Militäreinsätzen unsere Städte. Ob in Libyen, in Tunesien, in Afghanistan oder im Kongo: Europa geht es nicht um den Schutz der Bevölkerungen, sondern um den Zugang zu Ressourcen. Diese Tatsachen erinnern an koloniale Zustände und die Leidtragenden sind wir, doch wird unsere Geschichte nicht gerne erzählt.

Wir haben es satt, Spielball der europäischen Außen- und Asylpolitik zu sein. Wir sind für diese Kriege nicht verantwortlich und nicht länger bereit, die Konsequenzen dafür zu tragen.

Wir sind nicht das Problem!

Warum können deutsche Staatsbürger_innen problemlos um die Welt reisen, Urlaub machen oder sich niederlassen, während wir, die wir gezwungen sind unsere Heimat zu verlassen, auf der Flucht unser Leben riskieren, um auf so entwürdigende Weise in Lagern und Abschiebegefängnissen festgehalten zu werden? Noch vor kurzem wurde vom Sterben hunderter Menschen vor Lampedusa berichtet. Doch diese Katastrophen führen nicht zu einem Umdenken. Im Gegenteil werden mit Frontex und Eurosur die Grenzen Europas weiter aufgerüstet. Es wird sichtbar, dass europäische Interessen uns nicht nur in unseren Herkunftsländern bedrohen, sondern uns auch den Zugang zu einem Leben in Sicherheit verwehren. Viele Politikerinnen und Politiker zeigten sich öffentlich entsetzt, aber an unseren Lebensbedingungen in Europa hat sich nichts geändert.

Die offiziell Verantwortlichen suchen weder humane, noch politische Lösungen für dieses Problem, weil sie selbst Teil der Ursache sind.

Anstatt sich ernsthaft mit unserer Situation und den Forderungen auseinanderzusetzen, droht Innensenator Frank Henkel nun dpamit, unser Protest-Camp mit Gewalt zu räumen, um uns in die Unsichtbarkeit der Lagerisolation zurückzudrängen oder abschieben zu lassen.

Deshalb rufen wir nun alle Menschen sowie politische und gesellschaftliche Akteure wie Gewerkschaften, Schulen, Universitäten, Kirchen und Vereine dazu auf, sich aktiv mit unseren Forderungen zu solidarisieren, unseren Aufruf zu unterstützen und mit uns gemeinsam die Räumung des Oranienplatzes zu verhindern. Der Oranienplatz steht für Partizipation, Solidarität und Austausch und wird mittlerweile europaweit als Symbol des selbstorganisierten Protests Geflüchteter angesehen.

Ja, es ist kalt und das Leben dort ist nicht einfach. Aber wir haben uns dazu entschlossen, diese Bedingungen in Kauf zu nehmen, weil wir keinen anderen Weg sehen, das Eis zu brechen. Wenn unsere Forderungen erfüllt sind, räumen wir das Camp selbst.

Nimmt uns der Senat den Oranienplatz, nimmt er uns die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Wir haben keine Zeit mehr. Während wir diese Zeilen schreiben, bekommen immer mehr von uns hohe Strafen für die Missachtung der Residenzpflicht oder werden abgeschoben.

Die Bewegung wächst, werdet Teil der Bewegung!

Bringt Decken, Schlafsäcke, Essen, Musik, heißen Tee und jede Menge Entschlossenheit mit!

Mehr Infos unter: http://asylstrikeberlin.wordpress.com/

Auch die Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder beschlossen bei ihrer Konferenz am 25./26. Nov. in Kiel die Empfehlung gegenüber der Bundesregierung, auch Asylsuchende und Geduldete die Teilnahme an Integrationskursen und damit am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Parallelsysteme zu den bestehenden, bewährten Integrationskursen seien zu vermeiden.

gez. Martin Link

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V 29.11.2013 ■

Adventsdemos und Schülerstreik

Solidarität mit Lampedusa

Seit der mit ca. 13 000 Menschen überwältigend gut besuchten Demonstration am 2. November entwickeln sich weitere Solidaritätsinitiativen, so wird z.Zt., voraussichtlich für den 12. Dezember, ein Schulstreik aus Solidarität mit Lampedusa in Hamburg vorbereitet 111 Rechtsanwält_innen forderten den Senat auf, der Gruppe ‚Lampedusa in Hamburg' ein Bleiberecht nach § 23 zu gewähren. 200 internationale Intellektuelle haben sich mit einem Appell mit derselben Forderung an den Senat gewandt, unter ihnen Etienne Balibar, Judith Butler, Stuart Hall, Elfriede Jelinek und Günter Wallraff. Bekannte Leute aus dem Kulturbetrieb haben eine Plakatserie ‚Wir sind Lampedusa' gestartet. In Kürze soll es auf der Website (lampedusa-in-hamburg.tk) eine Extraseite mit Solidaritätsbekundungen der ‚Friends of Lampedusa' geben, um das Spektrum der Solidarität deutlicher zu machen.

Dieses zeigt sich dort auch bereits an unterschiedlichsten Erklärungen. Beliebt sind

auch Solidaritäts-T-Shirts (FCK SPD) und ein neuer Soli-Sampler von an die 30 Gruppen.

Fast täglich finden Veranstaltungen, Filmvorführungen und andere Solidaritätsbekundungen statt, auch in vielen anderen Städten. Der Senat verweigert weiter eine konstruktive Lösung und fordert die Flüchtlinge stattdessen auf, sich bei der Ausländerbehörde registrieren zu lassen und Einzelfallprüfungen zu beantragen. Einige Flüchtlinge haben mittlerweile einen Antrag gestellt, teilweise gezwungenermaßen nach den rassistischen Polizeikontrollen. Die Gruppe lehnt dies jedoch ab, da gleichzeitig vom Innensenator erklärt wird, dass nur die wenigsten von ihnen eine Chance auf humanitäre Aufenthaltsgewährung haben, sie die ganze Prozedur schon in Italien durchlaufen und dort bereits humanitären Aufenthaltsstatus erhalten haben. Es geht ihnen darum, hier endlich wieder eine Lebensperspektive entwickeln zu können nach 3 Jahren traumatischer Erfahrungen. Deshalb rufen wir für alle Adventssonnabende zu Solidaritätsdemonstrationen ab 12.00 Infozelt am Steindamm auf – eine weitere Demonstration soll am Heiligabend stattfinden – um deutlich zu machen, dass es in Hamburg keine Normalität mehr geben wird, bevor die ganze Gruppe ein Bleiberecht bekommen hat.

Mehr auf http://lampedusa-in-hamburg.tk/, http://kein-mensch-ist-illegal-hh.blogspot.de

Quelle: Kompass – Antira-Newsletter Dezember 2012 ■

Festung Europa jetzt mit Bewegungsmelder

Die Europäische Union startet heute ihr neues Überwachungssystem EUROSUR. Neben den Außengrenzen wird auch die Hohe See ausgespäht. Die EU-Kommission veröffentlicht erstmals technische Details

Nach fünfjähriger Vorbereitungszeit nimmt die Europäische Union heute ihr Grenzüberwachungssystem EUROSUR in Betrieb. Zunächst werden „nationale Kontrollzentren" von 19 Mitgliedstaaten untereinander vernetzt. Hierzu gehören alle Mittelmeeranrainer sowie jene Staaten mit einer östlichen Außengrenze. Auch Norwegen als im Schengener Abkommen assoziiertes Land ist dabei. In genau einem Jahr sollen dann alle übrigen EU-Mitglieder folgen, zuzüglich Island, der Schweiz und Liechtenstein.

Als Hauptquartier fungiert die EU-Grenzpolizei FRONTEX. Der Sitz der Agentur in Warschau ist hierfür mit einer Kommandozentrale ausgestattet worden: Auf einem riesigen Monitor wird jeder neue Vorfall grafisch angezeigt. Ein Werbevideo zeigt diese Funktionalität auch in den Mitgliedstaaten: Immer wenn Grenzbehörden einen Vorfall melden, blinkt das Symbol einer verkehrt herum befahrenen Einbahnstraße.

Die EU hat für die Einrichtung und Modernisierung der „nationalen Kontrollzentren" sowie bei FRONTEX in Warschau rund 244 Millionen Euro locker gemacht. Die Daten werden nahezu in Echtzeit über ein gesichertes Netzwerk übertragen.

EUROSUR als „Mehrzwecksystem"

EUROSUR bildet eine Matrix aus bereits vorhandenen Sensoren. Hierzu gehören vor allem die seeseitigen Grenzüberwachungssysteme im Schwarzen Meer, in der Ostsee und im Atlantik. Die Netzwerke bleiben nicht auf EU-Mitgliedstaaten beschränkt: Im unter spanischer Ägide errichteten „Seahorse Atlantic Projekt" kooperieren auch Mauretanien, Marokko, Senegal, Gambia, Guinea Bissau und die Kap Verden.

Auf Initiative Spaniens wird derzeit im Mittelmeer eine ähnliche Plattform aufgebaut, an der auch Libyen teilnehmen will. Die Vernetzung soll über Italien eingefädelt werden, in Tripolis und Benghasi sind bereits zwei „nationale Kontrollzentren" eingerichtet worden. Die EU hat auch auf Tunesien, Ägypten und Algerien Druck zur Teilnahme am Überwachungsnetzwerk ausgeübt– anscheinend erfolgreich: Drohnen vor Libyen und Tunesien.

Quelle: http://www.heise.de 02.12.2013 ■

EU- Innenminister beraten zur Task Force Mittelmeer

PRO ASYL: Zynische Antwort auf Lampedusa – Verrat an den Menschenrechten

Als „Verrat an den Menschenrechten" und „Ausverkauf des Flüchtlingsschutzes" bezeichnet die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL die von der EU- Kommission vorgelegten Vorschläge zur weiteren Abschottung Europas. Diese werden heute beim EU-Innenministertreffen in Brüssel beraten. Die Kommission hat in ihrem Maßnahmenpaket zu „Lampedusa und die Folgen" alle flüchtlingsfeindlichen Vorschläge der letzten Dekade recycelt und mit mehr Finanzmitteln ausgestattet. Zynischerweise verkauft die EU- Innenkommissarin Malmström dieses Kompendium als Beitrag, um den „Verlust von Leben im Mittelmeer" zu verhindern.

Die Strategie der EU zielt jedoch darauf, sich freizukaufen von der Verantwortung Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Transitstaaten werden als Türsteher in die Pflicht genommen und sollen Schutzsuchende vom Territorium der Europäischen Union fernhalten. Der Applaus der Festungsbauer aus dem Kreis der EU-Innenminister ist Kommissarin Malmström gewiss. Das humanitäre Blendwerk wie der Appell, mehr Resettlementplätze zu schaffen, über humanitäre Visa nachzudenken, die Seenotrettung nicht zu kriminalisieren, wird der EU-Rat Justiz und Inneres in Kauf nehmen. Denn die Hardliner in Europa wissen, dass die Richtung stimmt: Die Externalisierung der Flüchtlingsabwehr – künftig werden die Orte der Menschenrechtsverletzungen und des Sterbens in die Transitstaaten Nordafrikas und in die Türkei verschoben.

Die auf finanzielle Hilfen und wirtschaftliche Kooperation angewiesenen Staaten Nordafrikas werden noch stärker in die europäische Abschottungspolitik eingebunden: Tunesien und Marokko haben sich in Kooperationsabkommen (sogenannte Mobilitätspartnerschaften) zur vorverlagerten Grenzsicherung der EU-Staaten verpflichtet. Abkommen mit Libyen, Ägypten und Algerien sollen folgen.

Gestern willigte die Türkei in ein sogenanntes Rückübernahmeabkommen mit der EU ein, das es den EU-Staaten erlaubt, Schutzsuchende, die über die Türkei nach Europa eingereist sind, dorthin zurück zu schicken. Ankara erkauft damit den eigenen Staatsbürgern einen privilegierten Zugang zur Festung Europa.

Die Konsequenz: Flüchtlinge werden gezwungen, immer gefährlichere und teurere Fluchtwege zu suchen und weiterhin ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Von dieser europäischen Abschottungspolitik profitiert vor allem die kommerzielle Fluchthilfeindustrie – ihre Profitraten werden weiter steigen.

Quelle: Pressemitteilung PRO ASYL 05.12.2013■

Notrufe tatenlos weitergegeben

Über 200 Bootsflüchtlinge sterben, weil die rechtzeitige Rettung verweigert wurde – Italienische Küstenwache sendet Notruf weiter an Malta und bleibt tatenlos!

Acht Tage nach der Lampedusa-Tragödie vom 3. Oktober 2013: Admiral der Italienischen Küstenwache rechtfertigt sich mit Verweis auf die Zuständigkeit von Malta; aktuelle Recherchen dokumentieren die verweigerte Seenotrettung am 11. Oktober 2013.

Acht Tage nach der Bootstragödie vor Lampedusa ertranken am 11. Oktober 2013 über 200 syrische Flüchtlinge, darunter über 100 Kinder, bei einem weiteren Unglück in ca. 100 Kilometern Entfernung vor der italienischen Insel. Nur durch die hartnäckige Recherche des italienischen Journalisten Fabrizio Gatti sowie Nachforschungen des Monitoring Projektes WatchTheMed kommen nun die skandalösen Umstände dieses tödlichen Dramas ans Licht.

Das Boot startete am Vorabend aus Libyen und wurde in der Nacht von einem libyschen Schnellboot verfolgt und beschossen. Dadurch geriet das Boot in Seenot und drohte zu sinken. Die am Vormittag des 11. Oktobers per Satellitentelefon abgesetzten Notrufe wurden– so beklagen

später Überlebende in Interviews– von den italienischen Behörden zunächst ignoriert.

Eine Überprüfung der Notwarnsysteme durch WatchTheMed ergab, dass die sich in der Umgebung befindlichen Schiffe informiert wurden, der Rettungseinsatz durch das nur wenige Seemeilen entfernte italienische Marineschiff LIBRA aber erst um 17:14 Uhr angeordnet wurde, viereinhalb Stunden nach dem von Rom bestätigten eingegangenen Notruf um 12:26. Zu diesem Zeitpunkt war das Flüchtlingsboot schon gesunken, mehr als 200 Menschen ertranken. Sie alle hätten überleben können, wenn die Rettungsmaßnahmen sofort in Gang gesetzt worden wären. Doch der Leiter der Hafenkommandantur und der Küstenwache Italiens, Felicio Angrisano, hat sich laut des italienischen Nachrichtenmagazins Espresso mit Verweis auf die Zuständigkeit von Malta gerechtfertigt: Das Flüchtlingsboot habe sich in der maltesischen Seenotrettungszone (SAR) befunden.

„Left to die, das Sterbenlassen auf See, gehört offensichtlich nach wie vor zur EU-Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen", kritisiert Helmut Dietrich von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration. Dokumentiert sind von „Fortress Europe" über 18 000 Todesfälle aus den vergangenen 20 Jahren, Menschen, die zu Opfern des europäischen Grenzregimes wurden. Die meisten starben im Mittelmeer und immer wieder gibt es den Vorwurf unterlassener Hilfeleistung.

„Es macht fassungslos, dass Flüchtlinge sterben müssen, weil die zur Rettung verpflichteten Einsatzkräfte zweier EU-Staaten über Zuständigkeiten streiten", kommentiert Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL, die Geschehnisse. Die Beweiskette im vorliegenden Fall erscheint so dicht, dass die Verantwortlichen auch juristisch zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Dazu rät auch Stefan Schmidt, früherer Kapitän der Cap Anamur und Mitglied der Menschenrechtsorganisation borderline-europe: „Das Verhalten der italienischen und maltesischen Behörden widerspricht allen Regeln des Seerechts, das sollte unbedingt zur Anzeige gebracht werden."

Presseerklärung vom 29.11.2013
PRO ASYL, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, borderline-europe, medico international, Afrique-Europe-Interact, Welcome to Europe
http://www.watchthemed.net/reports/view/32 ■

EU-Kommission setzt auf noch mehr Abschottung

„Die EU-Kommission will den Bock zum Gärtner machen", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, Pläne der Kommission, ein von der Grenzschutzbehörde Frontex koordiniertes Patrouillen-Netzwerk im Mittelmeer einzurichten. Zur Begründung führt die Kommission an, dass damit die Rettung von Flüchtlingen erleichtert würde. Jelpke weiter:

„Kaum ist das neue Grenzüberwachungssystem Eurosur installiert, steht jetzt schon die nächste Aufrüstung der EU-Außengrenzen auf der Tagesordnung. Dass die lückenlose Überwachung des Mittelmeers nicht der Rettung, sondern dem Fernhalten von Flüchtlingen dient, ist der neuen Frontex-Verordnung ausdrücklich eingeschrieben: Flüchtlingsboote sollen möglichst schon beim Verlassen der nordafrikanischen Küste abgefangen werden. Dazu sollen dann auch die neuen Frontex-Patrouillen dienen. Auch die anderen Vorschläge der Arbeitsgruppe zielen nur auf weitere Abschottung, nicht auf Solidarität mit Flüchtlingen. Allein Italien soll 30 Millionen Euro extra für Grenzüberwachung erhalten.

Die EU-Kommission sollte sich besser Gedanken darüber machen, wie eine humanere Asylpolitik gestaltet werden könnte, anstatt die Festung Europa noch mehr abzudichten und Frontex noch weiter zu stärken. Mehr Frontex bedeutet im Klartext mehr Tote– weil Flüchtlinge auf noch gefährlichere Fluchtwege gezwungen werden."

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Bundesregierung: Stimmung gegen Migranten

„Die Stimmungsmache des Bundesinnenministers gegen bulgarische und rumänische Migranten geht weiter. Mit der hetzerischen Propaganda über vermeintliche Armutsmigration leistet er in Deutschland einem Klima Vorschub, in dem ein lebensgefährlicher Rassismus möglich ist", erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Migration und Integration, anlässlich der von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Donnerstag in Brüssel zum Auftakt des Ratstreffens gemachten Äußerungen zur sogenannten Armutsmigration. Dagdelen weiter:

„Es wundert mich nicht, dass für die Bundesregierung diese Stimmungsmache laut ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion offenbar 'essentieller Bestandteil einer Debatte in einer pluralistischen Gesellschaft, über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen auch pointiert zu diskutieren' (BT-Drucksache 18/60) ist. Nur, hier wird nicht pointiert diskutiert, sondern schlicht gelogen und verdreht.

Wahr ist, dass die seit Beginn der EU-Mitgliedschaft im Jahr 2007 aus diesen beiden Ländern nach Deutschland gekommenen Menschen größtenteils einer Erwerbsarbeit nachgehen, 22 Prozent von ihnen sind hochqualifiziert und 46 Prozent qualifiziert. Von den insgesamt 6,16 Millionen Leistungsempfängern beträgt der Anteil bulgarischer und rumänischer SGB-II-Leistungsbezieher an allen Leistungsbeziehern 0,6 Prozent.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass Friedrichffriedland die Stammtische bedient und eine sogenannte Armutsmigration als Schreckgespenst an die Wand malt. Die Feindseligkeit gegenüber EU-Bürgern, die von ihren Rechten Gebrauch machen, erscheint vor dem Hintergrund, dass Europa und die EU mit ihrer Freizügigkeit und den sogenannten 'europäischen Werten' immer und ständig von der Regierungsseite verehrt wird, geradezu grotesk. Ein Europa der Feindseligkeiten und des Rechtspopulismus à la Bundesregierung lehnt DIE LINKE ab."

Quelle: Pressemitteilung Sevim Dagdelen http://www.linksfraktion.de 05.12.2013 ■

Große Koalition: keine Schutzberechtigung für Roma

Die neue Bundesregierung plant das Asylrecht für Geflüchtete aus den Balkan-Staaten faktisch abzuschaffen. Gemäß dem Motto „Der Balkan ist sicher" werden so Menschenrechtsverletzungen und strukturelle Ausgrenzung von Roma und anderen Minderheitenangehörigen beispielsweise in Serbien missachtet.

Der vorgelegte Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht vor, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten" eingestuft werden. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bedeutet das, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden.

Damit sind Asylanträge praktisch aussichtslos und die dortige menschenunwürdige Realität wird komplett ignoriert.

„Zahlreiche NGOs, ExpertInnen und Flüchtlinge aus der Region widersprechen der Einschätzung der Regierung", so ein Sprecher vom Flüchtlingsrat Bremen. „Wir tun dies auch." Zusammen mit der Gruppe Roma.Soli.Bremen unterstützt der Flüchtlingsrat Schutzsuchende, organisiert Informationsveranstaltungen und berät Menschen im Asylverfahren.

Die Diskriminierung von Roma und anderen Minderheiten ist z.B. in Serbien so umfassend, dass einem Großteil der Betroffenen der Zugang zu Arbeit, zu Bildung, zu medizinischer Versorgung, zu regulären Wohnungen und oft gar zu sauberem Trinkwasser verwehrt bleibt.

Dies bestätigen auch RechtsanwältInnen, JournalistInnen und eine Ärztin aus Bremen, die zusammen mit VetreterInnen von NGOs eine Recherchereise nach Serbien im Sommer 2013 unternahmen und ihre Ergebnisse am 19.11.2013 im Gesundheitsamt Bremen vorstellten.

Während laut Pro Asyl in Belgien oder der Schweiz im ersten Halbjahr 2013 die Schutzquoten in Asylverfahren der Betroffenen bei über zehn Prozent lagen und damit ihre Verfolgung anerkannt wurde, liegt

Bochum, 30.11.2013 – Quelle: http://antirademo.wordpress.com

die Schutzquote in Deutschland im selben Zeitraum nahe null

Es ist unstrittig, dass es insbesondere die Angehörigen von Minderheiten sind, die in Serbien oder Mazedonien unter existenzieller Armut leiden. Die Ursache ihrer Armut – die umfassende rassistische Ausgrenzung – wird in der öffentlichen Diskussion um schutzsuchende Roma systematisch ausgeblendet.

Wir fordern:

- Anerkennung der humanitären Lage von Roma und anderen Minderheitenangehörigen verursacht durch politische und gesellschaftliche Diskriminierung u.a. in Serbien.
- Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht länger bagatellisiert werden.
- Bremen muss sich für eine umfassende Bleiberechtsregelung von geflüchteten Roma einsetzen.
- Sammelabschiebungen nach Serbien und Mazedonien müssen sofort beendet werden.

Quelle: Pressemitteilung des Flüchtlingsrats Bremen und Roma.Soli.Bremen 02.12.2013 ■

Lautstarke Demonstration in Bochum.

Am Samstag (30. 11. 2013) versammelten sich ca. 250 bis 300 Menschen vor dem Bochumer Hauptbahnhof um gegen Rassismus zu demonstrieren. Nach anfänglichen, technischen Problemen setzte sich die Demonstration gegen 12:00 Uhr in Bewegung. Über den Boulevard ging es zur ersten Zwischenkundgebung vor dem Rathaus. Auf dem Weg wurden Flyer an Passant_Innen in der Innenstadt verteilt, und immer wieder durch Lautsprecher Ansagen auf das Thema der Demonstration aufmerksam gemacht.

Auf der Kundgebung am Rathaus berichtete eine Geflüchtete über die katastrophalen Zustände, in ihrer Unterkunft, in Heiligenhaus bei Velbert. Pia Müller, Sprecherin des Demo-Bündnis' zu dem Redebeitrag: „Es war schockierend zu hören unter welchen Bedingungen die Menschen dort leben müssen. Unter anderem teilen Sie sich mit 90 Personen zwei Toiletten und eine Dusche." Die Rednerin lud die Demoteilnehmer dazu ein, ihre Unterkunft einmal zu besuchen um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen.

Die Demonstration zog nach der Kundgebung weiter zum Gericht am Husemannplatz. Dort berichtete ein Vertreter, einer antifaschistischen Gruppe über rassistische Mobilisierungen in Berlin. Am Beispiel Hellersdorf zeigte er anschaulich die Schnittmengen zwischen rassistischen Bürgern und organisierten Neonazis auf. Im Anschluss wurde noch auf das Büro der NPD in der Junggesellenstraße aufmerksam gemacht.

Im Anschluss zog die kämpferische Demonstration durch das Bermudadreieck, wo ein Redebeitrag des Demo-Bündnisses folgte. In dem Beitrag wurden die rassistischen Übergriffe und Mobilisierungen thematisiert, von denen gerade aus dem ganzen Bundesgebiet berichtet wird.

Das Ende der Demonstration bildete eine weitere Kundgebung am Rathaus, hier rief ein Vertreter des Bündnis dazu auf, sich mit den Kämpfen von Geflüchteten, für ein menschenwürdiges Leben in Deutschland, zu solidarisieren … Das Demo-Bündnis wird sich in den nächsten Wochen überlegen, ob es weitere Aktionen oder Veranstaltungen zum Thema durchführt.

http://antirademo.wordpress.com 1.12.13 ■

Aushorchen von Flüchtlingen: HBW = BND!

Das hat absoluten Seltenheitswert: Auf Anfrage gibt die Bundesregierung tatsächlich Neues preis, so geschehen Ende letzter Woche im Deutschen Bundestag Und was den Seltenheitswert noch erhöht: Bis vor kurzem war es streng geheim, was der Staatssekretär des Inneren, Ole Schröder, in Beantwortung einer mündlichen Frage des linken Abgeordneten Jan Korte im Parlament erklärte:

Ja, die Hauptstelle für Befragungswesen (HBW) ist eine dem Bundesnachrichtendienst (BND) zugeordnete Dienststelle! Das war – obgleich allen mehr oder weniger bekannt – jahrzehntelang bestritten worden (oder wie heißt es im Geheimdienstdeutsch immer so schön heißt: wurde weder bestritten noch bestätigt). Noch in der letzten Wahlperiode kam es in diesem Zusammenhang zu so urkomischen Sätzen wie:

„Gegenstand der Kleinen Anfrage ist die Beziehung der Hauptstelle für Befragungswesen zum Bundesnachrichtendienst. Dieses Verhältnis berührt das Staatswohl und ist daher in einer zur Veröffentlichung vorgesehenen Fassung nicht zu behandeln, was nicht bedeutet, dass die Behauptung, die Hauptstelle für Befragungswesen sei dem Bundesnachrichtendienst zuzuordnen, zutreffend ist oder nicht." (BT-Drs. 17/11597)

Auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Jan Korte zur Vereinbarkeit der Übermittlung von Informationen aus dem Asylverfahren an die Befragungsstelle mit dem Grundsatz der Vertraulichkeit der Asylanhörung und des Asylverfahrens (siehe schriftliche Frage im Anhang), hatte der selbe Staatssekretär am 18. November 2013 auf noch auf die eben zitierte Drucksache verwiesen, die zwar viele Fragen, aber kaum Antworten enthielt, von denen viele zudem nur in der Geheimschutzstelle des Bundestag einsehbar waren.

Nun also, nachdem die linke Abgeordnete Ulla Jelpke erstmalig im Sommer 1991 die Bundesregierung nach der HBW befragt hatte (vgl. BT-Drucksache 12/996), d.h. mehr als 22 Jahre später, ist alles anders und die Bundesregierung rückt – aus welchen Gründen auch immer – vergleichsweise offen mit der Wahrheit heraus, und die ist erschreckend! Es ist nicht ausgeschlossen (bzw. in einem von der Süddeutschen Zeitung und dem NDR konkret recherchierten Fall eher wahrscheinlich), dass die Befragungen von Asylsuchenden letztlich sogar für gezielte Tötungs-Drohnen-Attacken durch die USA im Ausland genutzt wurden bzw. werden. In der Vergangenheit waren solche in Deutschland vom BND abgeschöpften (im konkreten Fall allerdings falschen) Informationen eines Asylsuchenden zur Legitimation der USA für den zweiten Irak-Krieg herangezogen worden (Stichwort „Curveball").

Die Bundesregierung schließt ausdrücklich nicht aus, dass Erkenntnisse aus Befragungen von Asylsuchenden „zum militärischen Lagebild der alliierten Partnerdienste beitragen können"…

Jan Korte fordert deshalb, das ohnehin fragwürdige geheimdienstliche Abschöpfen von Asylsuchenden sofort zu beenden. Die nach überraschender Information der Bundesregierung ohnehin geplante Auflösung der Hauptstelle für Befragungswesen zeigt, dass die derzeitige Praxis offenkundig als heikel, oder aber als entbehrlich erachtet wird.

Geradezu ein Treppenwitz ist allerdings, dass die Bundesregierung immer noch davon spricht, mit der Legendenbildung zur HBW (Befragung nicht direkt durch den BND) sollten die Asylsuchenden geschützt werden, nachdem nunmehr offengelegt wurde, dass die HBW eine Dienststelle des BND ist…

DIE LINKE bleibt am Thema dran und hat bereits eine weitere Kleine Anfrage zum Thema an die Bundesregierung gerichtet. Denn an einer tragfähigen Rechtsgrundlage für die leichtfertige Herausgabe von Informationen aus dem Asylverfahren an den BND bzw. die HBW mangelt es unserer Einschätzung nach.

DIE LINKE im Bundestag 02-12-2013 ■

Tagung des Studienkreis Deutscher Widerstand

Die NS-Geschichte vermitteln

Gestern – heute – morgen | Das Beispiel Hessen

„Nicht vergessen!" – dies war das zentrale Anliegen, als ab den späten 1960er Jahren Gruppen und Einzelpersonen daran gingen, die (lokale) Geschichte der Nazi-Diktatur zu erforschen. Seit dieser Zeit konnten zahlreiche vergessene und verdrängte Personen, Orte und Geschichten entdeckt werden. In diesem Zusammenhang wurden besonders in den 1980er und 1990er Jahren zahlreiche Initiativen gegründet und viele Gedenkstätten und Erinnerungsorte eingerichtet.

Mittlerweile ist die Gedenk- und Erinnerungsarbeit an den NS-Terror gesellschaftlich anerkannt und fester Bestandteil einer demokratischen politischen Kultur geworden. Neue Herausforderungen stehen nun bevor, um die historisch-politische Bildung und die Gedenkarbeit zukunftsfähig zu machen. Die Tagung will hierzu einen Beitrag leisten und im Dialog zwischen den Generationen, zwischen ehrenamtlich und hauptamtlich Aktiven, zwischen schulischer und außerschulischer Bildung, zwischen universitärer Forschung und (lokaler) Gedenkarbeit Perspektiven diskutieren und Anregungen für die Praxis geben. Für Hessen, aber auch darüber hinaus.

Die Tagung ist für hessische Lehrkräfte beim Institut für Qualitätsentwicklung (IQ) als Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot mit 1,5 Fortbildungstagen akkreditiert.

Kontakt:
Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945
Rossertstraße 9 · 60323 Frankfurt a.M.
Tel.: ++49 (0)69 - 721575 · Fax: ++49 (0)69 - 71034254
E-Mail: studienkreis@widerstand-1933-1945.de
Web: www.widerstand-1933-1945.de

Programm

Freitag, 24. Januar 2014

13:00 Uhr Warming up: Der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 stellt sich vor
Rossertstraße 9, 60323 Frankfurt

15.30 Uhr Begrüßung und Eröffnung der Tagung
Campus Westend, Grüneburgplatz 1, Casino, Renate-von-Metzler-Saal

16.00 Uhr **Das Erinnern an die NS-Zeit in Deutschland: national und regional**
Prof. Dr. Christoph Cornelißen (Frankfurt)

16.45 Uhr **Der Nationalsozialismus als Gegenstand historisch-politischen Lernens oder: Die historische Werkstatt als Bildungsort**
Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar (Kassel)

17.30 Uhr Pause

18.00 Uhr **Antifaschistischer Widerstand 1933-1945 – Lernen für die Gegenwart?**
Podiumsgespräch mit:
Dr. Peter Adamski (Kassel), *Dr. Reiner Becker* (Marburg), *Lena Carlebach* (Frankfurt), *Dr. Axel Ulrich* (Wiesbaden), *Moderation: Thomas Altmeyer* (Frankfurt)

Samstag, 25. Januar 2014

9.30 Uhr **Akteure des Erinnerns und Gedenkens – historische Perspektiven und Status quo**
Dr. Wolfgang Form (Marburg)

10.30 Uhr **Workshops**
Alle Workshops werden zweimal angeboten, damit die Teilnehmer/innen sich mit mehreren Themen befassen können.

I **Generationenwechsel in der Gedenkarbeit. Herausforderungen und Chancen**
Dr. *Gunnar Richter* (Kassel)

II **Die Täter im Fokus. Neue Perspektiven des Lernens?**
Dr. Albrecht Kirschner (Marburg), *Hermann G. Abmayr* (Stuttgart)

III **Geschichte vermitteln. Erinnerungsarbeit mit Schüler/innen**
Dr. Peter Adamski (Kassel)

IV **Mit Konflikten umgehen. Erinnerung im öffentlichen Raum**
Dr. Bärbel Maul (Rüsselsheim)

V **Das Wollheim Memorial. Ergebnis geschichtspolitischer Kontroversen**
Dr. Peer Heinelt (Frankfurt)

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr **Workshop-Phase 2**

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr **Wie geht es weiter? Neue Wege des Erinnerns suchen**
Podiumsgespräch mit:
Dr. Detlef Garbe (Hamburg), *Annamaria Junge* (Berlin), *Fabian Müller* (Osthofen), *Dorothee Wein* (Berlin), *Dr. Annegret Wenz-Haubfleisch* (Marburg),
Moderation: *Dr. Stefanie Zibell* (Mainz)

17.30 Uhr **Tagungsergebnisse**
Ein Fazit von *Dr. Monika Hölscher* (Wiesbaden) und *Thomas Altmeyer* (Frankfurt)

Ende gegen 18 Uhr

Bitte füllen Sie die Anmeldung aus und schicken Sie sie an umseitige Adresse oder melden Sie sich per E-Mail an: studienkreis@widerstand-1933-1945.de.
Die Teilnahmegebühren inkl. Mittagessen am Samstag betragen 25,– Euro (ermäßigt 15,– Euro).
Bitte überweisen Sie die Gebühren bis zum 17.1.2014 auf folgendes Konto:
Postbank Frankfurt/Main, Konto 314 124 603, BLZ 500 100 60 · IBAN: DE21 5001 0060 0314 1246 03 · BIC: PBNKDEFF

Hiermit melde ich mich verbindlich zur Tagung am 24./25.1.2014 an:

Name, Vorname

ggf. Institution

Straße/Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte merken Sie mich für folgende zwei Arbeitsgruppen vor:

☐ I Generationenwechsel in der Gedenkarbeit. Herausforderungen und Chancen
☐ II Die Täter im Fokus – Neue Perspektiven des Lernens?
☐ III Geschichte vermitteln. Erinnerungsarbeit mit Schüler/innen
☐ IV Mit Konflikten umgehen. Erinnerung im öffentlichen Raum
☐ V Das Wollheim Memorial. Ergebnis geschichtspolitischer Kontroversen

☐ Ich möchte das Dokumentationsarchiv des Studienkreises am Fr., 24.1.2014 (ab 13 Uhr) kennenlernen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Antifaschistisches Engagement ist nach wie vor notwendig

13. Februar und **7. Juni Dresden**, **12. April Plauen**, **5. März Chemnitz** – das sind Termine, die bereits jetzt unter der Rubrik „antifaschistische Aktion“ in den Terminkalender für das kommende Jahr eingetragen werden sollten.

Im Jahr 2014 werden die Vertreter_innen in das europäische Parlament, in die kommunalen Räte sowie in den Sächsischen Landtag gewählt. Es ist davon auszugehen, dass die extreme Rechte für die Verbreitung ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit und zur Wahlwerbung die vorgenannten Demonstrationstermine nutzen wird.

Unter der Überschrift „Wieder Setzen! Nazis blockieren! Sit down again! – Block Nazis! Gegen Opfermythos und Naziaufmarsch.“ mobilisiert das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ gegen den sogenannten „Trauermarsch“ der extremen Rechten. Am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg wollen sie die Geschichte verdrehen und verbreiten den Mythos von der „unschuldigen Stadt“. In den letzten Jahren sind sie, dank der tausenden Menschen die sich ihnen in den Weg stellten, mit dem Versuch gescheitert.

In Plauen und Chemnitz versuchen Geschichtsrevisionist_innen und Co. anlässlich der Bombardierung der Städte ebenfalls einen Trauermarsch als festen Bestandteil im Terminkalender der rechten Szene zu verankern. Mit zunehmendem Erfolg gab es in beiden Städten antifaschistische Aktionen gegen diese Umtriebe. Im Jahr 2013 konnte beispielsweise der Aufmarsch in Chemnitz erstmals effektiv blockiert und damit verkürzt werden.

Für den „Tag der deutschen Zukunft“ am 7. Juni 2014 in Dresden wird unter dem ausländerfeindlichen Moto „Unser Signal gegen Überfremdung!“ geworben. Dies geschieht bewusst in einer Zeit, in der es täglich zu Übergriffen gegen Asylsuchende und deren Unterbringungen kommt. Antifaschistische Demonstrationen, zum Beispiel im sächsischen Schneeberg, haben gezeigt, dass dies nicht unwidersprochen bleibt.

Es bleibt dabei, antifaschistisches Engagement ist nach wie vor notwendig. In Dresden, Plauen, Chemnitz und natürlich auch außerhalb Sachsens.

Jens Thöricht
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft „Antifaschistische Politik“ in und bei der LINKEN. Sachsen

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

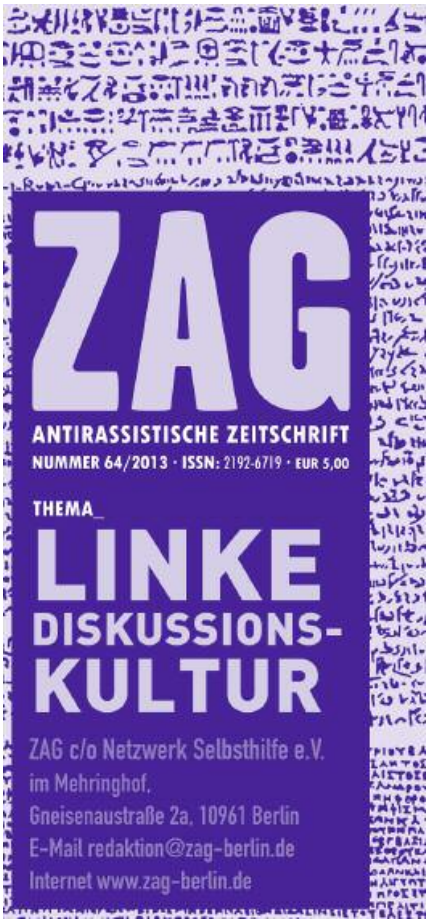
- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507